6. Jahrgang — Nr. 222 Freitag, 22. September 1922 Einzelnummer 5.— Mark.

# Volksstimme

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung für Halle

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Fernruf: Nr. 6802. Eisleben 302. Sprechstunden unserer Eisleben Vertretung wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, mit den wöchentlich wechselnden Beilagen: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend." Sämtliche Postämter, Filialexpeditionen und die Hauptgeschäftsstelle nehmen Bestellungen an. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme" verfügt über einen bestens ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten. Meldungen von Bedeutung werden an Werktagen zu jeder Tageszeit entgegengenommen. Sprechstunde der Redaktion: vormittags von 11—12 Uhr.

und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg, Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Verlag in Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. Fernruf 5407. Telegrammadresse „Volksstimme Halle". Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nummer 302. Bezugspreis: wöchentlich 25.— Mk. inkl. Zustellungsgebühr; für Abholer 95 M. monatlich. Durch die Post bezogen für Sept. 95.— M., ab 1. Oktober 120.— Mk. Anzeigenpreise: im Anzeigenteil 6.— Mk., jeder Millimeter u. Zeile; desgleichen als Reklame im Textteile 17.50 Mk. Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden in allen Fällen von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung.

Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer morgens 9 Uhr.

# Wels über die Einigung.

**Der gewaltige Eindruck der Wels'schen Rede — Beispiellose Begeisterung — Stürmische Ablehnung jeder Diskussion**
**Das Aktionsprogramm einstimmig angenommen — Die Zusammensetzung des Zentralvorstandes der V.S.P.D.**

## Sozialdemokratischer Parteitag.

SPD. **Augsburg**, 21. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die ganze mächtige Stimmung des Parteitages für die Einigung der Sozialdemokraten kam heute elementar zum Ausdruck, als die große Mehrheit der Delegierten beschloß, nach dem ausgezeichneten hinreißenden Vortrage des Genossen Wels von jeder Aussprache abzusehen und den Vereinbarungen mit den Unabhängigen glatt zuzustimmen. So stark war der Wille des Parteitages, daß er sich im Schwange der Begeisterung sogar ein wenig gegen seine Geschäftsordnung verging. Denn der Vorsitzende Simon hatte dem Genossen Kranold-Hannover schon das Wort erteilt. Es hätte sicher nichts geschadet, wenn auch die wenigen Vertreter zu Worte gekommen wären, die der Einigung kritisch gegenüberstehen. Aber der Parteitag wollte es anders. Unter jubelnden Kundgebungen wurden das Aktionsprogramm und die Organisationsvereinbarungen einstimmig angenommen. Die Stunde redete eine gewaltige Sprache für die Einigung, und der Widerhall in der Arbeiterklasse muß groß und nachhaltig sein.

Die Rede des Genossen Wels war das Kernstück des Parteitages. Er grenzte mit aller Klarheit und Entschiedenheit die neue einige Partei gegenüber den Kommunisten ab, die eine Charakteristik erfuhren, wie sie sie verdienen.

Aus dem Erlebnis der hinter uns liegenden bitteren Jahre des Bruderkampfes heraus dankte Wels den Arbeitern, die in den Betrieben allen Verleumdungen und aller Gewalt zum Trotz zu unserer Partei gestanden und unsere Partei von der Spaltung zum Einigungstage nach Nürnberg geführt haben. Wels Rede schloß mit einem Herz und Geist erhebenden Kampfruf gegen den Kapitalismus, der der Todfeind der einigen Partei bleiben wird.

Dann kamen noch einmal die Frauen zu Wort. Die Genossin Reitze hielt ein groß angelegtes Referat über die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau, das leider nur unter dem Eindruck der vorhergegangenen großen Kundgebung für die Einigung etwas litt. Nach einer kurzen Diskussion vertagt sich der Parteitag auf Freitag vormittag.

*

SPD. **Augsburg**, 21. September. (Eig. Drahtbericht.)

Nach Verlesen eines Begrüßungsschreibens der französischen Bruderpartei erhält Genosse **Otto Wels** (Parteivorstand) das Wort zu seinem Referat

**„Die Internationale und die Einigung des Proletariats".**

Er führte aus: Ueber allen Bruderkämpfen lag die große Sehnsucht der Arbeiterklasse nach Wiederherstellung ihrer Einheit und so groß ist diese Sehnsucht, daß sie in demagogischer Weise noch heute unter dem Geschrei nach Herstellung der Einheitsfront als Mittel zur weiteren Zersplitterung benutzt wird. Der Kampf um die Eroberung der politischen Macht und die Staatsgewalt rief das Trennende in der Ersten Internationale wach. Das ist die Wurzel des Streites, das ist der Inhalt des Kampfes zwischen Bakunin und Marx, anarchosyndikalistisch oder sozialdemokratisch, bakunistisch oder marxistisch, das ist für die deutsche und die Internationale Arbeiterschaft die große Frage der Gegenwart und der Zukunft. Ein Ausgleich ist nicht möglich. Der Ruf nach der internationalen Einheitsfront wird illustriert, wenn man heute an die Tage von Zimmerwald und Kienthal zurückdenkt, wenn man die Hefte des „Vorboten" zur Hand nimmt. Wir alle wissen uns der Bemühungen zu erinnern, um die sich insbesondere unsere holländischen und dänischen Parteigenossen so verdient gemacht haben, jene

**Stockholmer Konferenz**

im Jahre 1917 zustande zu bringen. Damals war die internationale Sozialdemokratie die Hoffnung der unter dem Kriege leidenden Massen der Mittelmächte geworden. Kaum war das Morden zu Ende, da fand sich die Internationale in Bern zusammen. Richtlinien über die Demokratie führten nicht zur völligen Uebereinstimmung, die Frage der Diktatur des Proletariats, die unsere Vorkämpfer immer nur im Sinne des Majoritätsprinzips betont haben, spielten in die Debatte hinein. Man verständigte sich aber dennoch auf Einberufung eines allgemeinen sozialistischen Kongresses in kürzester Frist. Es folgten die Konferenzen von

**Amsterdam, Luzern und Genf.**

Leider war zwischen der Luzerner und der Genfer Konferenz der Gegensatz in den sozialistischen Parteien, die sich im Kampf gegen die Moskauer Dritte Internationale befanden, doch so stark, daß er zur Gründung der Wiener Arbeitsgemeinschaft führte. Die innige Zusammenarbeit der deutschen Sozialdemokratie mit den übrigen Parteien der Zweiten Internationale hat zu dem steigenden Verständnis für die Lage der deutschen Arbeiter beigetragen und der gemeinsame Kampf gegen die Folgen des Versailler Vertrages hat zu einer Einheitlichung der Auffassungen geführt, die sich entsprechend der Stärke der Parteien auch im öffentlichen politischen Leben, insbesondere Englands durchzusetzen vermochten. Die Bemühungen der englischen Arbeiterpartei, die Fäden zur Wiener Arbeitsgemeinschaft zu knüpfen, führten im vorigen Jahre zur Verständigung mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und grundsätzlich in der Beurteilung der europäischen Lage auch zur Verständigung mit der Wiener Arbeitsgemeinschaft.

**Der Vorwurf der Unversöhnlichkeit kann gegen die Zweite Internationale nicht erhoben werden.** Er fällt in sich zusammen, wenn man nur daran denkt, daß zu der Konferenz in Frankfurt auch die kommunistischen Parteien eingeladen wurden. Die begeisterten Apostel der Einheitsfront des klassenbewußten Proletariats sind freilich nicht erschienen. Erst später vollzog sich über Nacht eine Schwenkung. Die „Rote Fahne" war von einem Gegner der internationalen Zusammenkunft zu einem Anhänger geworden. Der bekannte Brief Radeks, jenes Dokument für die

**Unehrlichkeit der ganzen kommunistischen Politik**

gab die Veranlassung zu Verhandlungen der Zweiten Internationale mit der Wiener Arbeitsgemeinschaft über die Einberufung eines allgemeinen Weltkongresses mit der Dritten Internationale. Wir stellten die Bedingung, daß die kommunistische Internationale die weitere Zellenbildung in den Gewerkschaften und sozialistischen Parteien und anderes mehr unterlasse. Am 2. April traten die Executionen der Internationalen in Berlin zusammen. Leider hat die Einsetzung des bekannten Reuner-Komitees einen Einfluß auf die bisher von den Kommunisten befolgte Politik nicht gehabt. Aus allen Ländern wurde berichtet, daß die Politik der Spaltung, des Angriffes und der Beschimpfungen ihren Fortgang genommen habe und der Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre brachte den Beweis, daß man insbesondere in Moskau nicht daran denkt, die geforderte Einheitsfront auch auf die Menschewiken und Sozialrevolutionäre auszudehnen. Radek versuchte damals offensichtlich, einen Gegensatz zwischen den deutschen, englischen und belgischen Vertretern hervorzurufen, die in der Frage der Revision des Versailler Vertrages einig sind, in der Frage der Aufhebung des Vertrages naturgemäß verschiedener Meinung sein können. Damals erklärten die Kommunisten ihren Austritt aus der Reunerkommission und machten so die Fortsetzungen der Beratungen unmöglich. Ich bedauere das nicht, denn dadurch ist

**die notwendige Klarheit**

geschaffen worden, die wir uns in Deutschland noch einmal bei dem Morde an Rathenau verschaffen konnten. Damals haben wir die ganze Treulosigkeit und Hinterhältigkeit der kommunistischen Wortführer am eigenen Leibe verspürt. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale lud nach dem Morde an Rathenau die Vertreter von London und Wien zur gemeinsamen Besprechung ein. Die Verhandlungen führten zu einem Manifest, das die Arbeiter der Welt aufrief, der Bedrohung der deutschen Demokratie durch die Politik der Repressalien entgegenzuwirken. Eine Kommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands soll die Grundlagen bearbeiten für einen Frieden nach sozialistischen Gesichtspunkten. Sie wird einer erneuten Tagung der drei Exekutiven Bericht erstatten, und bei dieser Tagung wird die Einberufung eines Weltkongresses zur Förderung der aufgestellten Richtlinien besprochen werden.

Die Dritte Internationale ist nicht in Vergleich zu stellen mit denen von London, Wien oder Amsterdam; sie ist ein

**Instrument des russischen Nationalismus**

geworden und benutzt den Kommunismus u. a. dazu, die inneren Verhältnisse anderer Staaten zu zermürben. (Sehr wahr!) **Die katastrophale Entwicklung der Bolschewiki vom Antikapitalismus zum Imperialismus und vom Defätismus zum Militarismus ist ihre eigene Sache.** Aber verbitten müssen wir uns die Zumutung, daß nun auch wir nach der neuen russischen Militärmusik marschieren sollen. (Sehr gut!) Es ist eine Lüge, wenn man das Wort „Dritte Internationale" mit Posaunenstößen in die Welt trompetet, wo man einfach „Großmacht Rußland" sagen sollte. Hier zeigt sich die Macht des Wortes, das beharrlich immer und immer wieder angewandt, die ganze Welt irregeführt hat. **Das Bündnis zwischen der reaktionären Regierung von Angora und den Bolschewiki zeigt, daß das kommunistische Rußland sich seine Mitkämpfer nicht nach dem gleichlautenden Glaubensbekenntnis aussucht,** sondern wie jeder andere Staat nach außenpolitischen Machtbedürfnissen.

**Ich frage unsere Kommunisten:**

**Ist es nicht ein besonders merkwürdiger Widerspruch in ihrem radikalen Katechismus, daß innerpolitische Koalitionsregierung eine Sünde wider den Heiligen Geist ist, daß außenpolitisch aber die Koalition mit dem reaktionärsten Staatswesen der Welt erlaubt ist?**

Ich will heute nicht auf den Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre eingehen. Er bleibt ein Schandmal für die russischen Gewalthaber. Er setzt an die Stelle der Todesstrafe körperliche und seelische Folter! Friede, Freiheit und Brot, das war die Parole der Sowjetregierung. Hat die Freiheit ihre Zeugen in Gefängnissen, in Verbannung und Tod? Wer denkt nicht daran, daß in den fruchtbarsten Gegenden des südlichen Rußlands Millionen vom Tode bedroht sind? Gewiß trägt die europäische Diplomatie zum Teil Schuld daran, aber schreien unsere Kommunisten nicht von sozialistischem Brotverteuern, wenn in Deutschland der Brotpreis heraufgesetzt werden muß? Rußland geht **vom Bolschewismus über den Kannibalismus zum Kapitalismus zurück.**

**Das ist die furchtbarste Anklage, die wir erheben vor der internationalen Arbeiterklasse, die wir erheben dürfen mit doppelter Schärfe, denn wir sehen dieselbe Regierung in der Welt Sammlungen für die hungernden Russen veranstalten, hunderte von Millionen und abermals Millionen ins Ausland senden für ihre außenpolitischen Zwecke, die sie verfolgt. Durch Zertrümmerung der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften und durch die Korruption der Arbeiterklasse. (Sehr richtig! und Händeklatschen.)**

Ich bedauere die Zeit nicht, die wir in den Verhandlungen mit den Kommunisten zugebracht haben. Sie brachte der Internationale und den deutschen Arbeitern die Erkenntnis vom der Notwendigkeit der Einigung zwischen der sozialistischen Parteien. Die praktischen Notwendigkeiten sind es, die uns zur Einigung bringen. Es klingt sonderbar, wenn Ledebour und Rosenfeld in Zeitungsartikeln und Versammlungen die Einigung als verfrüht bezeichnen. (Hört! Hört!) Genügt nicht ein Blick auf die Wunden, aus denen das europäische Proletariat blutet, solche Aussprüche mit aller Schärfe zurückzuweisen? Seht die französische Arbeiterbewegung! Zerrissen und zur Ohnmacht verurteilt. Sehen wir nach Italien; nach einem Scheinerfolge des Kommunismus, der zu dem verrückten Experiment der Besetzung der Fabriken führte, ist der Faszismus entstanden, die Organisation, die sich würdig an die Seite des Horthyschen Regiments in Ungarn setzt! **Wir wollen die Einigung, wir wollen die Wiederherstellung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in ihrer Einigkeit und Geschlossenheit, die sie groß und stark gemacht hat.** (Fortgesetzte lebhafte Zwischenrufe.) **Das Vergangene liegt hinter uns, wir müssen für die Zukunft vorwärts.** (Lebhafter Beifall.) **Kein Theoretisieren darf uns trennen — im politischen Leben fließt alles, da fließt manchmal manches mit, was man früher für ein Prinzip gehalten hat. Wo ist z. B. heute das Dogma vom ehernen Lohngesetz, das einst die Grundlage der ganzen Lassalleschen Lehre bildete? Es ist überholt! Ich war verwundert, als ich nach der Veröffentlichung unseres Arbeitsprogramms in der „Leipziger Volkszeitung" über die Betonung des Klassenkampfes in unserem Programmentwurf las „So haben die Mehrheitssozialisten nicht immer gedacht." Das ist doch ein Irrtum, und ich muß hier widersprechen. In Wahrheit, glaube ich, besteht kein Unterschied in der Auffassung der „Leipziger Volkszeitung" und mir, daß der Klassenkampf keine sozialdemokratische und auch keine marxistische Erfindung ist, daß es Klassenkämpfe gegeben hat, solange politische Staatengebilde mit Klassenunterschieden bestehen, daß es Klassenkämpfe gab im alten Rom, im Mittelalter und in der Neuzeit. Das Görlitzer Programm ist kein Hindernis zur Einigung.**

Wels erörtert sodann die organisatorischen Maßnahmen, die zwischen den beiden Kommissionen beschlossen wurden. Eine Organisationskommission, der acht Mitglieder der SPD. und sieben Mitglieder der USP. angehören, wird gemeinsam mit dem Parteivorstand das Organisationsstatut beraten und dem nächsten Parteitag vorlegen. Die Verschmelzungs- und Abwicklungsarbeiten in den einzelnen Orten und Bezirken der Organisationen sind bis zum Jahresschluß zu beenden. Vom 1. Oktober ab werden alle Geschäfte für die Rechnung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sowohl in den Bezirken und Orten, wie in den Zentralen abgeschlossen. Der

**Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei**

setzt sich zusammen aus je drei Vorsitzenden und Kassierern, 6 Sekretären, zehn Beisitzern und dem Chefredakteur des Zentralorgans. Die nebenamtliche Partei stellt je einen Vorsitzenden, Kassierer und Sekretär und vier Beisitzer. Die Kontrollkommission besteht aus elf Mitgliedern der SPD. und vier Mitgliedern der USP. Die Mitglieder der Parteileitung der USP. werden Mitglieder des Parteiausschusses. Die Verständigung über die Presse und über die einzelnen Zweige der Bewegung soll sofort nach dem Nürnberger Parteitag angestrebt werden.

Dann führt Wels fort: Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Aktionsprogramm und den Abmachungen zu. Rüsten wir uns für den gemeinsamen Kongreß in Nürnberg. Nur ein Ruf geht wieder durch Deutschland: „Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!" (Lebhafter Beifall.) Es wäre politisch nicht richtig, wenn wir verschweigen wollten, daß bei uns wie bei den Unabhängigen noch Gegner der Einigung sich befinden. Aber ich hoffe, daß diese ihre gegenteilige Auffassung zurückstellen im der Lage sind. Sonst kommen wir niemals zur Einigung. Wir brauchen notwendig

**eine ausschließlich übereinstimmende Partei,**

weil nur diese wahrhaftig aktionsfähig gegenüber dem geschlossenen Heer unsrer Gegner ist. Ich habe die Ueberzeugung, daß man in den unabhängigen Kreisen, ebenso wie bei uns davon überzeugt ist, daß wir der Internationale den gebührenden Einfluß nur gewinnen können, wenn wir die Republik schützen und schirmen, wenn wir durch unsere Arbeit dafür Sorge tragen, daß ihr Ansehen in der Welt sich ständig steigert. Bei den Unabhängigen ist es Ledebour, der der Einigung kein Verständnis entgegenzubringen imstande ist. **Aber wen sollte das wundern, der Ledebour kennt!** Wo sind die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Unabhängigen und uns in Wahrheit vorhanden? Reform oder Revolution! Wieviel Tintenfässer sind nicht schon geleert, und wieviel Galle ist schon verspritzt worden um diese Worte, als wir in der geeinigten Partei waren!

**Reformen und Revolution**

sind nicht Gegensätze in ihrem Wesen, sondern nur in ihren Folgen. Die Massen müssen wir gewinnen. (Lebhafter Beifall.) Der Streit um die Frage, Reform oder Revolution ist müßig, denn

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220922-15/fragment/page=0001

der Revolutionär ist ebenso opportunistisch wie der Reaktionär. Alle müssen mit den Verhältnissen rechnen. Jeden Putschismus lehnen wir ab!

**Eines glaube ich aussprechen zu müssen: Wir hätten die vergangene furchtbar schwere Zeit nicht überstehen können ohne den Geist treuer Kameradschaft. Wir haben die bestehenden Meinungsverschiedenheiten als Kameraden unter uns ausgetragen, ohne daß persönliche Feindschaften aus ihnen entstanden sind. Wir haben zusammengehalten gegen alles, was außerhalb unserer Reihen stand. Wir haben festgehalten an dem, was wir für richtig hielten. Nur das eine will ich den Genossen in den Fabriken in dieser Stunde zurufen: Die Welt des Sozialismus, die deutsche Arbeiterklasse, werden es Gott danken, bei uns ständig gewesen zu sein. (Lebhafter Beifall.) Die innere Hoffnung beseelt uns wohl alle, daß sich aus der Einigung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei die Einigung der Internationale, die sich zu den Grundsätzen der Vereinigten Partei bekennt, ergeben wird. Dem Kapitalismus gilt unser Kampf, den Kapitalismus niederzuringen ist die größte historische Aufgabe der Arbeiterklasse. Wir werden sie erfüllen, allen Widerständen zum Trotz. Trotz allem und allem! (Langanhaltender, stürmischer, fortgesetzt sich wiederholender Beifall.)**

Bei der Eröffnung der

**Diskussion**

gab es eine Ueberraschung. Vors. Simon erteilt Kranold-Hannover das Wort. Sofort erhebt sich stürmischer Widerspruch und Rufe „Keine Diskussion!" werden laut. Kranold kann sich nicht verständlich machen. **Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.** Die Vorstandsmitglieder Otto Wels und Hermann Müller machen auf die geschäftsordnungsmäßige Unzulässigkeit dieses Verfahrens aufmerksam, aber ihr Appell verhallt ungehört. **Der Parteitag ist von der Rede Otto Wels so begeistert, daß er den Eindruck durch keine Diskussion abschwächen lassen will und scheint im übrigen der Meinung zu sein,** daß jetzt genug über die Einigung geredet **worden ist, daß jetzt gehandelt werden muß.** Ein Antrag Schreck-Bielefeld auf Schluß der Debatte wird abermals mit großer **Mehrheit angenommen.** Dann schreitet der Parteitag zur

**Abstimmung über die Anträge zur Einigung.**

Einstimmige Annahme finden das Aktionsprogramm und die zwischen den beiden Parteileitungen getroffenen Vereinbarungen über die technischen Einzelheiten der Vereinigung. (Lebh. Beifall und Händeklatschen.)

Angenommen wird ferner ein Antrag Hamburg, der den Parteivorstand beauftragt, im Interesse des Ansehens und der Werbekraft der Partei jedes Zusammengehen mit der KPD. abzulehnen, solange diese Partei sich nicht bereit findet, sich für die Erhaltung der Republik einzusetzen und auf jede unsachliche Auseinandersetzung mit den übrigen sozialistischen Parteien zu verzichten.

In die

**Programmkommission**

wurden gewählt die Genossen Eduard Bernstein, Dr. Adolf Braun, Leuteritz-Hamburg, Molkenbuhr, (Parteivorstand), Müller-Potsdam, Toni Pfuff, Dr. Quarck-Frankfurt a. M., Stampfer und Ströbel. Für die Statutenkommission wurden folgende Genossen bestimmt: Scholich-Breslau, Vogel-Nürnberg, Verwick-Kiel, Röhle-Frankfurt a. M., Müller-Chemnitz, Lau-Hannover, Hahn-Mannheim, Kluck-Dortmund.

Ein Antrag Krüger-Allenstein, die Rede von Otto Wels in Broschürenform herauszugeben, wird dem Parteivorstand überwiesen. Auf Antrag Wels beschließt der Parteitag einstimmig, Eduard Bernstein, der von den Bezirken nicht delegiert worden ist, zum Einigungsparteitag nach Nürnberg zu entsenden.

Nach einigen kurzen geschäftlichen Mitteilungen erhält dann das Wort die Genossin Reitze-Hamburg zum Referat über

**„Die Sozialdemokratie im Kampf um die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau",**

in dem sie ausführt: Der Sozialdemokratie gebührt das Verdienst, durch unermüdliche Aufklärungsarbeit in allen Gesellschaftsschichten den Boden bereitet zu haben, auf dem dann das Weimarer Verfassungswerk geschaffen werden konnte, das in seinen Grundrechten die politische Gleichberechtigung der Geschlechter gewährleistet. Wenn die bereits geschaffenen Gesetze nicht unseren Forderungen entsprechen, so liegt das hauptsächlich daran, daß uns in finanzieller Hinsicht Grenzen gesteckt waren und daß es sich in allem um Kompromißarbeit handelt. Die Frauen haben neben dem Recht der Beteiligung an den Beisitzerwahlen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten jetzt das Recht erhalten, zu Beisitzern selbst gewählt zu werden. Jetzt ist den Frauen auch der Eintritt in die Ehrenämter bei den Versicherungsbehörden möglich gemacht worden. Ebenso ist mit der Zulassung als Laienrichter zu den Schöffen- und Geschworenengerichten eine alte Forderung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften erfüllt worden. Auch ist den Frauen jetzt der Zugang zum Richteramt und zu den Aemtern des Handelsrichters, des Amtsanwalts, des Gerichtsschreibers und Gerichtsvollziehers ermöglicht worden. Eine Reform des Eherechts steht bevor. Unsere Fraktion hat bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf ausgearbeitet. Einer dringenden Reform bedarf die Umgestaltung des Ehescheidungsgesetzes. Um die Regelung der Rechtsverhältnisse des unehelichen Kindes wird noch hart gekämpft werden müssen. Das uneheliche Kind soll alle Rechte des ehelich geborenen Kindes genießen. Wir setzen auch alles daran, einer Aechtung und Entwertung der unehelichen Mutterschaft auf reichsgesetzlichem Wege ein Ende zu machen. Ich glaube nicht, daß die Beamtinnen, die die Entlassung der unehelichen Mutter fordern, sich der schweren Konsequenzen ihrer Forderung bewußt sind. Der Reichsrat hat sich in seiner Stellungnahme durch die Protestbewegung [illegible] lassen.

Es ist immer sozialdemokratischer Grundsatz gewesen, daß **gleichen Pflichten, gleiche Rechte voraussetzen.** Haben wir diese Forderung auch mit allem Nachdruck vertreten? Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte gibt es nicht mehr. Im Betriebsrätegesetz sind den Frauen gleiche Rechte und gleiche Pflichten zugestanden. Für Landarbeiterinnen und Hausangestellte hat der achtstündige Arbeitstag nicht durchgesetzt werden können. Nach der Aufhebung der Gesindeordnung werden die rechtlichen Verhältnisse der Hausangestellten durch Dienstarbeitsvertrag nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches geregelt. Ein neues Hausangestelltenrecht muß allerdings geschaffen werden. Ein Gesetz, das der Ausbeutung der Heimarbeit eine Grenze setzt, ist durch Beschluß der Nationalversammlung sichergestellt. Der Anfang zu einer allgemeinen Mutterschaftsfürsorge ist gemacht worden; auch das im Preußischen Landtage verabschiedete Hebammengesetz bringt Vorteile für Mutter und Kind. Die Versorgung der Witwen und Waisen ist ein Kapitel besonderer Art. Wir fühlen uns alle verpflichtet, den Opfern des Krieges und der Arbeit nach Kräften zu helfen. Aber unsere Bemühungen in dieser Hinsicht haben nicht den gewünschten Erfolg gehabt.

Unser soziales Wirken wird durch die

**finanzielle Notlage des Reiches**

sehr beschränkt. So bleibt uns nichts anderes übrig als ausgleichend zu wirken. Was an Verwaltungskosten der Fürsorgezweige, der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge und Wohlfahrtspflege gespart werden kann, kommt wieder den Hilfsbedürftigen zugute. Eine verwaltungstechnische Verbesserung dieser Zweige mußte deshalb angestrebt werden. Der gegenwärtige Stand der sozialen Fürsorge kann uns nicht befriedigen. Die Schaffung eines neuen Sozialrechts ist aber nur möglich, wenn ganze Arbeit geleistet werden wird. Eine kritische Würdigung unserer Arbeit kann uns nur willkommen sein. Dabei wird uns immer bewußt, daß die Erfolge unserer Arbeit die Lärmer nicht ganz befriedigen werden. **Unseren Frauen und Mädchen aber rufen wir zu: Kommt zur Sozialdemokratie!** (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

In der Debatte fordert Frau Zundel-Reutlingen eine bessere Ausbildung besonders unserer weiblichen Jugend, um sie in den Stand zu setzen, die Rechte, die ihnen mit der Eröffnung des Richteramtes für die Frauen entstehen, ausnutzen zu können. Frau Zabe-Hamburg wünscht, daß überall darauf hingewirkt wird, daß die Frauen beruflich ausgebildet werden. In unseren Familien müssen wir den sozialen Gedanken tragen. — Frau Louise Schröder-Altona sagt, daß wir die Frauen zu Staatsbürgerinnen erziehen und sie über die Pflichten aufklären müssen, die ihnen die Gesetze der Republik einräumen.

Um 1 Uhr schließt Genosse Wels die Verhandlungen, die wegen eines am Nachmittag stattfindenden Ausfluges auf Freitag vorm. 9 Uhr vertagt werden.

## Der Vertreter der französischen Partei.

Als Vertreter der französischen Partei wird an dem Nürnberger Einigungsparteitag Genosse Compère-Morel teilnehmen, der Sonnabend abend dort eintrifft.

*

## Schutz der Republik!

**Ein Antrag des Parteivorstandes an den Augsburger Parteitag.**

Der Parteivorstand hat dem Parteitag einen Antrag vorgelegt, der sich mit dem Schutz der Republik, der Demokratisierung der Verwaltung und Abfindung der Fürstenhäuser befaßt. Der Antrag lautet:

„Der Schutz der deutschen Republik gegen jeden monarchistischen Angriff durch Erziehung der breiten Masse des Volkes zu demokratischer und republikanischer Staatsgesinnung und durch Stärkung der proletarischen Kampffront zur Abwehr der nationalistischen Mordpropaganda ist die dringendste Aufgabe der Sozialdemokratie. Für die kraftvolle Durchführung der Gesetze zum Schutze der Republik wird die Sozialdemokratie ihre ganze Kraft in allen von ihr vertretenen politischen Machtpositionen einsetzen. Vor allem ist es notwendig, den staatlichen Verwaltungsapparat dem Einfluß der monarchistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Frucht dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Ueber die reine Personalreform in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsorganisation, die Zulassung der Angehörigen aller Bevölkerungskreise zur Beamtenlaufbahn, Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden staatlichen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Parteitag bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungeklärte Lage wird immer mehr zur Verschleierung der fürstlichen Besitzverhältnisse im Interesse der ehemaligen Fürsten und zur Befruchtung der monarchistischen Agitation benutzt. Der Parteitag erwartet, daß die Genossen in den Regierungen und Parlamenten der Länder auf schleunige Durchführung der Auseinandersetzungen bringen. Dabei ist auf die Entstehung der meisten angeblich fürstlichen Vermögen aus Steuermitteln des Volkes Rücksicht zu nehmen. Die aus Mitteln der Allgemeinheit erwachsenen Vermögen, Baudenkmäler, Kunstschätze usw. sind der Allgemeinheit unbedingt zu erhalten."

Ferner hat der Parteivorstand folgende Resolution vorgelegt:

„Die sozialpolitischen Gesetze des Reiches sind angesichts der furchtbaren Not unseres Volkes völlig ungenügend. Daher fordert der Parteitag unsere Reichstagsfraktion auf, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die sozialpolitischen Gesetze schleunigst mehr als bisher den jetzigen Verhältnissen angepaßt werden. Die Leistungen für die Kriegsopfer und die Opfer der Arbeit, die Verunglückten und Arbeitslosen, für die Kranken, Alten und Invaliden und sonstigen Minderbemittelten einschließlich der Rentenlosen, für die Wöchnerinnen und Neugeborenen müssen erhöht werden; die Reichsversicherung muß im Sinne einer allgemeinen Volksfürsorge vereinheitlicht und vereinfacht und von allen Hemmungen durch Unternehmer und Bürokraten befreit, die Notstandsmaßnahmen müssen im Geiste weitherziger Fürsorge durchgeführt werden.

Eine Linderung solcher wirtschaftlichen Noterscheinungen ist indes erst erreichbar durch eine organisatorische Umgestaltung unserer Wirtschaft, die als ersten Schritt den Arbeitnehmern auch auf diesem Gebiete die gleichberechtigte Mitwirkung mit dem Kapital in den Kartellen, Konzernen, Syndikaten u. a. bringt. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, mit allem Nachdruck jede dahinzielende Forderung zu vertreten."

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

# Die Entwicklung in Gera.

## Die ersten Vorstöße der Einigungsgegner — Der Augsburger Einigungsbeschluß erregt bei der Opposition Unruhe und wird von der Mehrheit ohne Aeußerung entgegengenommen.

## Parteitag der USP.

SPD. **Gera, 21. September.** (Eig. Drahtbericht.)

**Nach der Verlesung einiger Begrüßungstelegramme durch den Vorsitzenden Dittmann erstattet Ludwig den**

**Geschäftsbericht.**

**Diesem ist zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand der USP. seit dem letzten Parteitag in Leipzig von 300 659 auf 290 762 zurückgegangen ist.** Den Bericht der Reichstagsfraktion erstattet **Dr. Moses,** er betont ganz besonders die Notwendigkeit für alle sozialistischen Parteien, sich mit der auswärtigen Politik mehr als bisher zu beschäftigen. Während der Rede Dr. Moses, die das ganze Elend des deutschen Volkes schildert und dabei auch hervorhebt, daß der Skorbut in Deutschland wieder auftaucht, den Virchow schon im Jahre 1849 als überwunden bezeichnet hat, kommt es zu einer bewegten Szene. Dr. Moses bespricht die deutsche Klassenjustiz und sagt dabei, daß es nur noch in einem andern Lande eine solche Klassenjustiz gebe, nämlich in Sowjetrußland. Er protestierte unter lebhaftem Beifall gegen die Moskauer Todesurteile und sagte dabei, daß die „Rote Fahne" über diese Urteile triumphiert hat, was den Parteitag zu einer

**leidenschaftlichen Kundgebung**

der Empörung hinriß. Dabei bemerkten die Delegierten, daß oben auf der Tribüne, wo die kommunistischen Presseberichterstatter, darunter der preußische Landtagsabgeordnete Scholem sitzen, gelacht wurde. Es kommt zu einem Ausbruch der Empörung, wie man ihn selten auf einem Kongreß gesehen hat. Die Delegierten verlangen stürmisch, daß die Kommunisten den Saal verlassen, die sich endlich auch zum Gehen anschicken.

**Vorsitzender Dittmann,** der sich nach langem Läuten endlich Ruhe verschaffen kann: Ich verstehe die Erregung und teile die Empörung, die den Parteitag zu einer spontanen Abwehraktion gegen diese beispiellose Gemeinheit aufgepeitscht hat. (Stürmische Zustimmung.) Aber damit wollen wir die Sache erledigt sein lassen und auch diesen jungen Bürschchen, die Zigaretten rauchen und das deutsche Proletariat als Fußschemel für ihre politische Eitelkeit und ihren politischen Ehrgeiz mißbrauchen, keine übermäßige Bedeutung beimessen.

**Dr. Moses** fährt fort und erklärt nochmals, daß mit Leuten, die solchen Todesurteilen zujubeln, für den Sozialisten eine Gemeinschaft unmöglich ist.

Darauf sprechen **Dr. Hertz** über die Ernährungsfrage und **Dr. Hilferding** über die Reparationsfrage. Sie faßten ihre Ausführung in folgender

**Resolution**

zusammen:

„Der Parteitag konstatiert: Die Erfüllungspolitik hat den ernsten Willen des republikanischen Deutschland bewiesen, den Wiederaufbau Deutschlands und die Versöhnung der Völker zu betreiben. Das hat aber auch gezeigt, daß das Uebermaß der geforderten Reparationsverpflichtungen zu den allerschwersten ökonomischen Erschütterungen und zu der gefahrvollen Verelendung aller Schichten führt, die auf feste Papiermarkeinkommen angewiesen sind. Für Deutschland und Frankreich droht jetzt die Gefahr, daß die Erfüllungspolitik vom Großkapital benutzt wird zur außerordentlichen Steigerung seiner wirtschaftlichen und politischen Macht und zur Abhängigmachung der Staatsgewalt vom Großkapital. Demgegenüber fordert der Parteitag **Beteiligung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und ihre Mitkontrolle bei der Ausführung der Wiederaufbauverträge, insbesondere der Auftragsverteilung und Gewinnhöhe.**

Die Erfüllungspolitik hat jetzt durch das Abkommen mit Belgien Deutschland eine erste dringend notwendige Atempause verschafft. Das bedeutet eine wesentliche Verminderung der deutschen Auslandszahlungen und gewährt die Möglichkeit zu einer planmäßigen und bewußten Valutapolitik, die das Sinken der Mark verhütet und es ermöglicht, der Ursache der Preissteigerung und der fortschreitenden Verschlechterung der deutschen Währung entgegenzutreten. Der Parteitag betrachtet die Einleitung einer solchen zielbewußten Valutapolitik als die dringendste Aufgabe der Reichsregierung. Se ist umso mehr geboten, weil nur dadurch der Devisenspekulation und -Hamsterei, der immer stärker werdenden Zahlungsmittel- und Kreditnot ein Ende gemacht werden kann, die sonst zu einer schweren industriellen Krise mit ihren furchtbaren Folgen zu führen droht. Zusammen mit einer planmäßigen Valutapolitik, die die Voraussetzung für die wirksame Bekämpfung des deutschen Wirtschaftselends ist, müssen aber auch tiefgreifende Handels-, Wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen getroffen werden. Ihr Ziel muß sein: Die Beseitigung des Defizits in der Handels- und Zahlungsbilanz, sowie die Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt, die volle Sicherstellung der Ernährungs- und Brennmittelversorgung der Bevölkerung, der Kampf gegen Teuerung und Wucher und Schutz des bereits jetzt stark anschwellenden Arbeitslosenheeres.

Angesichts der gewaltigen und durch die Geldentwertung hervorgerufenen Preissteigerung für das freie Getreide und der zum 15. Oktober in Aussicht stehenden Verdreifachung des Brotpreises, die durch die ungenügende zwangsweise Ablieferung von Getreide aus der heimischen Ernte notwendig wird, protestierte der Parteitag auf das Allerentschiedenste gegen den unter dem Diktat der Agrarier zustandegekommenen gesetzwidrigen Beschluß des Umlagepreisausschusses auf Vervierfachung des Preises für das Umlagegetreide. Die Durchführung des Beschlusses würde bedeuten die Gewährung unverdienter Milliarden Konjunkturgewinne an die Agrarier, den Hungertod für die Kleinrentner, die Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen und zahllose Angehörige der geistigen Berufe, erhebliche Verschlechterung der Lage aller Festbesoldeten, schroffes Ansteigen der Preise aller anderen Waren, gewaltige Verschlechterung der Finanzen aller öffentlichen Körperschaften, sowie Verschärfung der Finanzkrise und Arbeitslosigkeit. Für die Maßnahmen von so verhängnisvoller Wirkung lehnt der Parteitag die Verantwortung ab. Er fordert die Reichstagsfraktion auf, die Forderung der Agrarier sowie das ihnen bewiesene Entgegenkommen des Reichsernährungsministeriums aufs schärfste zu bekämpfen und bei Durchführung des gesetzwidrigen Beschlusses die Verantwortung für diese Handlung abzulehnen. Außerdem verlangt der Parteitag zur wirkungsvollen Bekämpfung der Ablieferungssabotage der Agrarier, **sofortige Anwendung der im Umlagegesetz vorgesehenen Zwangsmaßnahmen gegen diejenigen Erzeuger, die ihre Ablieferungspflicht nicht erfüllen.**

*

Zu Beginn der

**Nachmittagssitzung**

brachte Vorsitzender Dittmann zur Kenntnis, daß in Augsburg die Einigung ohne Debatte beschlossen worden sei. **Diese Mitteilung erregte Unruhe bei der Opposition und wurde von der großen Mehrheit des Parteitages ohne irgendeine Aeußerung zur Kenntnis genommen.**

In der Debatte über die Berichte führte Dittmann an zahlreichen Beispielen aus, daß ernste Forderungen des Proletariats von den bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme abgelehnt werden und nur durch die Aufbietung der Macht des Proletariats durchgesetzt werden können.

Der

**Bericht der Mandatsprüfungskomission**

wird ohne Aussprache genehmigt. **Es sind anwesend 192 stimmberechtigte Delegierte.**

In der fortgesetzten Diskussion verlangt Rendel (Berlin) Auskunft darüber, wie die unabhängige Fraktion in der kommenden großen vereinigten Fraktion eine energische Arbeiterpolitik durchsetzen könne. Die neue Partei müsse durch energische Arbeiterpolitik Vertrauen gewinnen.

**Henke** (Berlin) wendet sich gegen die Kritik, die vorher Obuch (Düsseldorf) an der Reichstagsfraktion geübt hatte. Obuch hatte dabei den Mitgliederverlust der Partei auf die Unfähigkeit der Reichstagsfraktion zurückgeführt und u. a. getadelt, daß die Fraktion nach der Ermordung Rathenaus sich für Koalitionspolitik erklärt habe, statt auf die Auflösung des Reichstages zu drängen. Henke antwortet, daß Obuch für diese erste Anschuldigung den Beweis schuldig geblieben sei. Dem Berliner Rendel antwortet Henke, daß die Unabhängigen in der großen Fraktion natürlich auf demokratischem Wege versuchen werden, ihre Vorschläge durchzusetzen. Wenn sie in der Minderheit bleiben, müssen sie sich damit abfinden.

Nachdem **Dr. Levi** eine andere Einstellung zur Bauernfrage verlangt hatte, ohne indeß seine Wünsche nach dieser Richtung näher zu entwickeln, führte er noch aus, daß es **nicht genüge, auf die Kommunisten zu schimpfen, sondern man müsse auch untersuchen, was den Kommunisten die Leute zutreibe.** Es ist das Bestreben, ein Gegengewicht gegen das überstaatliche Herschaftsgebiet von Stinnes zu schaffen. Als Sozialisten müssen wir das erkennen und danach handeln.

**Dr. Kurt Rosenfeld** (Berlin) führt aus, daß eine energische Arbeiterpolitik mit Koalitionspolitik nicht vereinbart werden könne. Gegenüber Bayern ist man jahrelang untätig gewesen. Man hätte mehr tun müssen. (Crispien: „Mit welchen Mitteln?") Wir brauchen dazu nicht die Reichswehr. Die Arbeiterschaft hat noch andere Mittel. (Crispien: „Welche?") Die Erörterung in der Oeffentlichkeit wäre bedenklich. Es muß energischer vorgegangen und eine größere Kühnheit im Kampf gezeigt werden. Eine scharfe und rück-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220922-15/fragment/page=0002

taktische Führung des Klassenkampfes ist notwendig, den man nur führen kann mit den temperiertesten und revolutionären Arbeitern Deutschlands. (Vom Schlage Rosenfelds. Die Red.) (Beifall bei der Minderheit.)

Im Schlußwort erklärt Dr. Hertz: Die Kleinbauernfrage können wir jetzt nicht lösen, aber sie ist für uns zugleich die Frage der Landarbeiter, und zwar heute nicht mehr die Frage, wie wir die Landwirtschaft gewinnen, sondern wie wir sie der proletarischen Bewegung erhalten. Gerade die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften hat den Großagrariern die Möglichkeit gegeben, den Kampf um die Seele der Landarbeiter ungeheure Erfolge zu erzielen. Bei den Schutzgesetzen haben auch die Kommunisten so gestimmt, daß man vermuten kann, sie hätten die Auflösung des Reichstages nicht gewünscht. Wir aber wollten den Wahlkampf nicht in dem Augenblick, wo die Einigung bereits nahe war. Ein Wahlkampf mit getrennten Listen hätte die Schlagkraft der Arbeiterschaft vermindert. Auch die Gewerkschaften wünschten die Auflösung nicht, weil sie bei einem Bestehen von drei sozialistischen Parteien nebeneinander den Kampf nicht einheitlich zu führen gewußt hätten. Die bayerische Reaktion haben wir durch unser Verhalten gespalten. Die radikalen und gemäßigten Kreise in Bayern bekämpfen sich gegenseitig und dadurch ist die Bedrohung des Reiches von Bayern her verringert. Wenn man die Reichswehr als Mittel einer Aktion gegen Bayern ablehnt, was für eine Aktion will man dann noch führen? Gerade gegen die Mittel, die Rosenfeld nicht öffentlich erörtern will, sind in engeren Kreisen Bedenken erhoben worden, die gezeigt haben, daß diese Kampfmittel sowohl für die bayerische wie für die gesamtdeutsche Arbeiterschaft gefährlich gewesen wäre. Zwischen den leitenden Instanzen der Parteien im Reiche und der bayerischen Arbeiterschaft hat immer volle Uebereinstimmung bestanden. Wir können doch den bayerischen Arbeitern nicht Kampfmittel aufnötigen, deren Anwendung sie selbst nicht für nützlich halten. Von den kommunistischen Arbeitern trennt uns nichts, aber von den kommunistischen Führern trennt uns ihre Verantwortungslosigkeit. Bei der bevorstehenden Einigung kommt es nur darauf an, daß wir unseren Grundsätzen Treue bewahren. Dann segen wir uns durch.

Nach dem Schlußwort von Dr. Moses folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen, wobei die heftigen Ausfälle des Berliner Delegierten Brendel gegen die Führer und Abgeordneten der Partei Unruhe auslösen.

Die Resolution Hertz-Hilferding wird einstimmig angenommen. Vors. Dittmann fügt hinzu: Wenn — was nach allem anzunehmen ist — die Verschmelzung mit der rechtssozialistischen Partei erfolgt, werden wir in der vereinigten Partei mit allem Nachdruck darauf drängen, daß das, was in dieser Resolution niedergelegt ist, im Interesse des Proletariats auch verwirklicht wird.

Nach Vorlesung einiger Begrüßungstelegramme werden die Verhandlungen auf morgen früh 9 Uhr vertagt. Es werden zunächst Crispien und Ledebour über die Einigung des Proletariats referieren.

*

**Berichtigendes Nachwort unseres Berichterstatters.** An der Lärmszene vom heutigen Vormittag war nicht, wie oben erwähnt, der kommunistische Barbiagsabgeordnete Scholem, sondern irgendein jugendlicher Kommunist beteiligt. Scholem hat also nicht während der Besprechung der Moskauer Todesurteile durch Dr. Moses gelacht, wohl aber richtete sich die Entrüstungskundgebung des Parteitages, wie geschildert, gegen ihn.

*

## Wahlvorschlag der USP.

SPD. Gera, 21. September. (Eig. Drahtbericht.) Die unabhängige Parteileitung hat dem Parteitag für die der unabhängigen Partei zufallenden Sitze im Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands folgenden Wahlvorschlag gemacht:

Vorsitzender Arthur Crispien, Kassierer Konrad Ludwig, Sekretär Wilhelm Dittmann, Beisitzer Rud. Hilferding, Franz Künstler, Julius Moses, Anna Nemitz, ferner zehn Mitglieder für den Parteirat, vier Mitglieder für die Kontrollkommission, sieben Mitglieder für die Organisationskommission und schließlich die folgenden Mitglieder für die Programmkommission gewählt: Vorsitzender Karl Kautsky, als Mitglieder Arthur Crispien, Wilhelm Dittmann, Alfred Henke, Rudolf Hilferding, Franz Senger und Toni Sender.

## Der kommunistische Ueberstundenschwindel.

**Kommunisten als „wilde" Ueberstundenschieber.**

SPD. Die „Rote Fahne" ist furchtbar betrübsam, seitdem sie hofft, mit dem geplanten Betriebsrätekongreß ein bißchen Spektakel inszenieren zu können. Der Beschluß der Revierkonferenz der oberschlesischen Bergleute in Hindenburg, der für das Ueberschichtenabkommen günstig ausfiel, zwingt sie, schnell einen neuen Schwindel ins Leben zu rufen, um die Bergarbeiter durcheinander zu bringen. Es wird deshalb auf einen Erlaß des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung hingewiesen, wonach der Bedarf an ungelernten Bergarbeitern für den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau in den letzten Tagen stark zurückgegangen sei und daher Zuweisungen von Arbeitskräften darüber hinaus nicht mehr erfolgen sollen. An diese Meldung knüpft die „Rote Fahne" die Bemerkung, dieser Erlaß mache es klar, daß die Unternehmer und die „mit ihnen verbündeten Sozialdemokraten" die Arbeitszeitverlängerung gar nicht im Interesse der Produktionssteigerung, sondern nur im Interesse des Unternehmerprofits wollten. Wenn man die Produktion im Bergbau steigern wolle, warum weise man die Arbeitsuchenden dann ab? Den hartnäckigen Lügnern gegenüber wiederholen wir, was wir bereits betont haben: ungelernte Arbeitskräfte gibt es im Bergbau genug. Die Vermehrung dieser Arbeitskräfte würde die Wohnungsnot in den Bergbaurevieren steigern, aber dem Bergbau selbst nicht viel helfen. Der Bergbau braucht gelernte Bergleute, er braucht Hauer. Diese aber fallen nicht vom Himmel herunter und deswegen waren die Ueberschichten notwendig.

Weil wir gerade wieder einmal von den Ueberschichten reden müssen, wollen wir im Vorbeigehen an einem kleinen Beispiel zeigen, mit welch abgrundtiefer Schamlosigkeit und Heuchelei die Kommunisten den Kampf gegen die Ueberschichten geführt haben. Man kann es schließlich von einem Kommunisten, der nichts von der Volkswirtschaft versteht, begreifen, wenn er unbedingt gegen die Ueberschichten ist. Was man aber nicht begreifen kann, ist, daß dieselben Leute, die gegen die Ueberschichten toben, wilde Ueberschichten in Menge machen. Die zauberen Brüder schreien gegen das Ueberschichtenabkommen, weil es ihnen 45 Schichten im Monat verbietet. In den Hochburgen der Unionisten und Kommunisten wurden bisher die meisten wilden Ueberschichten gemacht. Die Heuchler haben vielfach einen Beschluß auf Verweigerung der Ueberschichten durchgedrückt, um — am anderen Tage pünktlich selbst die Ueberarbeit zu machen. Auf der Zeche Arensberg z. B. betrugen die von den Kommunisten im Monat August verfahrenen wilden Ueberschichten 11 850 — sage und schreibe: elftausenddreihundertundfünfzig! Ein nettes Geschäft!

## Englische Gewerkschaften bei Lloyd George.

**Die englischen Arbeiter widersetzen sich dem Kriege. — Die Neutralität der Dardanellen keine englische sondern eine Weltfrage.**

London, 22. September. Lloyd George empfing heute eine aus etwa 30 Mitgliedern bestehende Abordnung des Gewerkschaftskongresses, darunter die Arbeiterführer Williams, Thomas, W. Thorne, Ben Tillet und Swillie, die dem Premierminister die Ansicht der Arbeiterschaft über die Lage im nahen Orient darlegten. Von Mitgliedern der Regierung waren u. a. anwesend Chamberlain und Horne. Die Erklärungen, die privater Natur waren, dauerten etwa 1½ Stunde. Im einzelnen wurde in den Verhandlungen die Tatsache hervorgehoben, daß die Arbeiterschaft sich dem Kriege widersetze und für den Frieden eintrete. Sie gaben der Ansicht Ausdruck, daß die Dardanellen neutral gehalten werden müßten, daß dies jedoch eine Weltfrage und nicht eine Frage sei, die die britische Nation allein angehe. Die Anwesenheit alliierter Streitkräfte auf dem asiatischen Ufer der Meerengen sei nicht zu rechtfertigen und die Lösung des Problems könne durch Verhandlungen erzielt werden. Nachdem der Premierminister die Ansicht der Abordnung angehört hatte, gab er eine Uebersicht über die Tätigkeit des Kabinetts bis zur gegenwärtigen Lage. Lloyd George verteidigte die Haltung der Regierung und gab der Abordnung zu verstehen, daß er in seinem Wunsch nach Frieden vollkommen mit ihr übereinstimme. Es sei zum Teil auf die prompte Aktion der britischen Regierung zurückzuführen, daß die Lage jetzt besser sei, und daß die Aussichten auf Wahrung des Friedens so gut seien. Die Mitglieder der Abordnung verpflichteten sich zum Stillschweigen. Eine kurze offizielle Mitteilung, die gemeinsam festgelegt wurde, ist ausgegeben. Gleich nach Beendigung der Arbeiterführer hielten die britischen Minister eine neue Zusammenkunft ohne die militärischen Ratgeber ab.

## Große Waffenfunde in Rendsburg.

**Der verantwortliche Offizier weiß von nichts.**

Kiel, 22. September. Dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins Rendsburg, Genossen Busch, war mitgeteilt worden, daß sich in der Trainkaserne ein umfangreiches Waffenlager befinde. Nachdem Genosse Busch sich mit dem Vorstand des Ortsausschusses des ADGB. in Verbindung gesetzt hatte, wurde am Montag morgen die Polizei benachrichtigt und eine sofortige Untersuchung verlangt. Diese fand im Beisein der Genossen Busch, Hinzlschen und Neumann statt und förderte auf dem linken und rechten Flügel der Trainkaserne eine Unmenge Waffen zutage, u. a. 4 schwere Maschinengewehre, 29 Infanteriegewehre, 60 Karabiner, 39 Seitengewehre, 582 Infanteriegewehrschlösser, 25 Kisten Munition à 1400 Schuß, 41 Kisten Munition lose für Infanterie, 3 Handgranaten, 8½ Kisten Pistolenmunition, 8 Kisten Eierhandgranaten, 33 Kisten Stielhandgranaten à 25 Stück, 16 Maschinengewehrgurte gefüllt mit Munition, 73 Reserveläufe für Maschinengewehre, 16 leichte Maschinengewehre, 81 Maschinengewehrgurte unbefüllt.

Der Offizier der Fahrabteilung, der in der Kaserne wohnt sagte aus, daß er von dem Vorhandensein der Waffen nichts gewußt habe.

## Verhandlungen gegen Dietrich und Stein.

**Am 3. Oktober.**

Berlin, 22. September. Einer Korrespondenz zufolge wird die Verhandlung gegen den Kapitänleutnant a. D. Wolfgang Dietrich aus Erfurt und gegen den Schriftsteller Dr. jur. Hans Wilhelm Stein, den Mieter der Burg Saalek, die verdächtig sind, den Mörtern Rathenaus wissentlich Beistand geleistet zu haben, gleichfalls am 3. Oktober in Verbindung mit der Strafsache gegen Tachom und Genossen wegen Mordes vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig stattfinden. Wie die Korrespondenz weiter mitteilt, hat der Oberreichsanwalt die Haftentlassung des Kapitänleutnants Dietrich (!) gegen Stellung einer Kaution von 100 000 Mark (!!) angeordnet. — Diese Haftentlassung gegen ein Taschengeld muß aufs schärfste gemißbilligt werden.

## Eine internationale Anleihe für Oesterreich.

**520 Millionen Goldkronen.**

Genf, 20. September. (MTB.) Der 5. Ausschuß des Völkerbundsrates für die Behandlung der österreichischen Frage genehmigte gestern die Vorschläge des Finanzausschusses, der ein Programm aufstellt, das u. a. Folgendes enthält: Auflegung einer Anleihe von 520 Millionen Goldkronen, für die jene der teilnehmenden Mächte eine prozentuale Garantie übernimmt, Ausarbeitung eines Programms einer inneren Finanzreform für Oesterreich mit weitgehenden Rechten für die Regierung, Annahme dieses Programms durch das Parlament, Einsetzung einer Kontrollkommission des Völkerbundes, die die Durchführung der Programme zu überwachen, und die den Gläubigern zu gewährenden Sicherheiten zu kontrollieren hat. Die Vertreter der vier Mächte im 5. Ausschuß erklären, daß sie am Montag oder Dienstag die Entscheidungen ihrer Regierungen in der Garantiefrage erwarten. Wenn die Regierungen zur Annahme der Garantie bereit sind, würden dem Parlament entsprechende Vorschläge unterbreitet werden. Der Finanzausschuß betont, daß die Zustimmung der verschiedenen Parlamente bis zum 1. Januar 1923 zu erfolgen hat, damit die Auflegung der Anleihe bereits am Anfang des nächsten Jahres in Aussicht genommen werden kann. Man erwartet die Ankunft des Bundeskanzlers Dr. Seipel für Sonnabend. Dr. Benesch reiste heute nach Prag zurück, wird jedoch am nächsten Montag wieder in Genf eintreffen.

## Der Abschluß der deutsch-belgischen Verhandlungen.

**Montag Uebergabe der Schatzwechsel für die am 15. August und 15. September fällig gewesenen Raten.**

Berlin, 21. September. Die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Garantiefrage sind, wie wir erfahren, abgeschlossen. Die Schatzwechsel werden am Montag übergeben und zwar zunächst die Wechsel über die Raten, die am 1. August und am 15. September fällig waren und nun am 15. Februar und am 15. März 1923 fällig werden, abzüglich der Summen, die aus sonstigen deutschen Leistungen auf Barannuitäten gut zu schreiben sind. Die Wechsel werden die Garantie der Reichsbank tragen.

## Kemal will in Thrazien einmarschieren.

**Widerstand der Engländer? — Eine Bekanntmachung Generals Harringtons.**

Konstantinopel, 22. September. Der Vertreter der Angora-Regierung soll erklärt haben, daß General Harrington benachrichtigt sei, daß die Kemalisten die Absicht haben, die Dardanellen zu überschreiten, um den Grausamkeiten der Griechen in Thrazien ein Ende zu machen. Wenn die Alliierten keinen Widerstand leisteten, soll nicht auf sie geschossen werden.

Konstantinopel, 22. September. General Harrington hat eine Bekanntmachung erlassen, in der er darauf erinnert, daß bis am 13. Mai 1921 proklamierte neutrale Zone noch immer in Kraft ist, und daß er, da eine Konferenz über die schwebenden Fragen stattfinden werde, den Wunsch habe, daß die neutrale Zone respektiert werde. Die Verantwortung für die Folgen einer Verletzung derselben würde auf die Urheber dieser Verletzung zurückfallen. Im Interesse des Friedens seien alle Maßnahmen zu Wasser und zu Lande getroffen.

## Eine Antwort des Oberreichsanwaltes.

**Wie wir uns den Schutz der Republik nicht vorstellen.**

Nach dem Meuchelmord an Rathenau erfreute sich der Webmeister Ulbrich von der Firma Otto in Greifenberg, den Arbeitern, die an der Rathenau-Demonstration teilnahmen, zu sagen:

„Wir müssen nur die Juden erhalten, das sind die Lumpen, die saugen nur das Land aus. Wegen so einem Aas, das wollt ihr erst feiern, wenn ich das Aas erwischt hätte, ich hätte ihn selbst erschossen."

Auf Grund des Gesetzes der Republik wurde gegen diesen Verfechter des Meuchelmords Anzeige erstattet. Nach der Vernehmung der Zeugen erhielt der Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes für den Bezirk Lauban vom Ober-Reichsanwalt eine Antwort, die besagt:

„Auf die am 20. Juli 1922 erstatteten Anzeigen habe ich gegen den Webmeister Karl Ulbrich in Greiffenberg ein Verfahren eingeleitet. Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Beschuldigte seine Worte im Websaale der Fabrik an die dort beschäftigten etwa 15- bis 17jährigen Arbeiter und Arbeiterinnen während der Arbeit gerichtet habe. Fremde Personen waren nicht anwesend und haben keinen Zutritt zu dem Saal. Die Aeußerungen sind hiernach nicht öffentlich und auch nicht in einer Versammlung geschehen. Das Gesetz bedroht sie aber mit Strafen nur für den Fall, daß eine der Voraussetzungen vorliegt. Ich habe deshalb das Verfahren eingestellt.

gez. Ebermayer."

Diese Auslegung des Begriffs „öffentlich" macht dem Oberreichsanwalt alle Ehre. Danach ist also jeder Arbeitssaal, auch wenn in ihm tausend Arbeiter beschäftigt sind, „nicht öffentlich". Dieses Urteil kann sich jeder Mordhetzer zu Herzen nehmen und nach besten Kräften in den Großbetrieben gegen die Republik hetzen. Der Unternehmer wird ihn dafür sicher belohnen und der Ober-Reichsanwalt wird ihn nicht belangen. So haben wir uns den Schutz der Republik nicht vorgestellt.

**Aussprache über die Getreideumlage.** Wie das „B. T." hört, wird in den nächsten Tagen eine Aussprache der Reichsregierung mit den Parteiführern über die Frage der Getreideumlage stattfinden.

Raucht Zetko Gold,
in Qualität unerreichbar.

SUNLICHT SEIFE
wird aus reinsten Rohstoffen nach besonderem Verfahren hergestellt und bietet deshalb sicherste Gewähr gegen schnellen Verschleiss der Wäsche.
AK

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220922-15/fragment/page=0003

# Kapitalistische Aufbauverträge.

**Noch ein Wiederaufbauabkommen.**

**Dem Stinnesabkommen und dem Abkommen der Württembergischen Rohstoff G. m. b. H. mit der französischen Gallini-Gruppe schließt sich ein neues Wiederaufbau-Abkommen an. Zwischen der „Chambre Syndicale des Constructeurs en Ciment Arms", der 88 der bedeutendsten französischen Bauunternehmergruppen angehören und der Lehrer — von Siemens, Vereinigte Baustoffindustrie in Berlin ist am 14. September in Paris ein Vertrag abgeschlossen worden über ein gemeinschaftlich aufzustellendes Programm für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.** Die deutsche Gesellschaft besorgt mit einer Anzahl westdeutscher Firmen, die Baustoff erzeugen, die Beschaffung der gesamten Baumaterialien sowohl auf Grund des Sachleistungsabkommens vom 22. Juli als auch im freien Handel. Die deutsche Gesellschaft übernimmt die deutsche Rolle eines in dem Accord Gillet vorgesehenen Mandators, dem insonderheit die Erledigung der gesamten Formalitäten des Sachleistungsabkommens obliegt. Die französische Gruppe gründet eine besondere Baumaterialienbeschaffungsgesellschaft, die sich im französischen Wiederaufbauministerium als französischer Mandatar einschreiben läßt. Absatz 3 der Abmachungen verpflichtet den französischen Unternehmerverband, alle ihm im zerstörten Gebiet übertragenen Arbeiten gemeinschaftlich mit deutschen und internationalen Unternehmergruppen auszuführen. Die deutsche Gesellschaft übernimmt es durch die ihr angeschlossenen Bauunternehmungen unter Führung der „Ibeu" Industrie, Tief- und Hochbau A.-G., Düsseldorf, mit der deutschen Bauindustrie in Verbindung zu treten, um die Grundlagen für die im Abkommen vorgesehenen Bauausführungen festzulegen. Die beiden Gruppen wählen eine gemeinschaftliche Arbeitskommission, die am 2. Oktober in Paris zusammentritt, um über alle einleitenden Maßnahmen für die Durchführung des Lieferungsbauprogrammes im nächsten Frühjahr zu verhandeln.

Die französische Gruppe hat ihrer Regierung von dem Abkommen bereits Mitteilung gemacht und die Zusicherung wirksamster Unterstützung erhalten. Soweit das im Stinnes-Lubersac-Vertrag vorgesehene Kohlenabkommen zur Durchführung gelangt, soll es auch dieser Gruppe zugute kommen. Die deutsche Gruppe hat sich verpflichtet, auch von der deutschen Regierung Unterstützung zu erbitten. Die Verhandlungen der beiden Gruppen mit einem neutralen Finanzkonsortium stehen vor dem Abschluß. Eine ganze Reihe französischer Firmen hat für das nächste Jahr zwecks Ausführung der Bauten in Höhe von 336 Millionen Francs bereits ihre Einzelverträge mit der „Lesi" (Lehrer- von Siemens-Kommanditgesellschaft) abgeschlossen, damit die nötigen Vorbereitungen in die Wege geleitet werden können.

Der der Berliner Presse übergebene Bericht über dieses Abkommen sagt in seinem Schluß, daß das französische Wiederaufbauministerium einer Verwendung deutscher und internationaler Arbeitskräfte bis zu 50 Proz. der Gesamtarbeiterzahl zugestimmt hat. Nach dem Stand der bereits in Ausführung begriffenen Arbeiten würde es sich um ungefähr 150 000 Arbeiter handeln, wovon nach anderen Meldungen 40 000 Deutsche sein sollen.

# Wirtschaft.

## Erhöhung des Reichsbank-Diskonts.

**Von 7 auf 8 Prozent. — Erhöhung des Lombardsatzes von 8 auf 9 Prozent.**

Die Reichsbank sieht sich augenblicklich ganz besonders großen Ansprüchen der Wirtschaft ausgesetzt. Nach dem Ausweis vom 15. September erhöhte sich der Wechselbestand der Bank um 8,18 Milliarden Mark, während die Bestände an diskontierten Reichsschatzanweisungen um 22,9 Milliarden zunahmen. Dementsprechend stieg der Banknotenumlauf um 19,22 Milliarden Mark auf 271,60 Milliarden Mark. Der Umlauf an ausländischen Kassenscheinen erreichte eine Höhe von 13,80 Milliarden Mark. Um die Ansprüche wenigstens einigermaßen aufzuhalten, erhöhte die Reichsbank ihren Diskont von 7 auf 8 Proz. und den Lombardsatz von 8 auf 9 Proz.

# Gewerkschaftliches.

## Teuerungsverhandlungen im Reichsfinanzministerium.

**Berlin,** 21. September. Am Donnerstag nachmittag begannen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter des Reiches über die Erhöhung der Löhne und Gehälter. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (christlich) erhob die Forderung nach einer Wirtschaftsbeihilfe und erklärte, darauf bestehen bleiben zu müssen. Diese Haltung der christlichen Gewerkschaften hat ihren Grund in der im Oktober beginnenden großen Agitationswoche unter den Beamten. Man hofft, mit der Wirtschaftsbeihilfe Mitglieder fangen zu können. Alle anderen Spitzenorganisationen erklärten sich gegen diese Wirtschaftsbeihilfe und forderten eine Erhöhung der Stundenlöhne um 30 Mark, was bei den Beamten einer monatlichen Zulage von durchschnittlich 6500 Mark gleichkommen dürfte. Außerdem wurde eine erhebliche Erhöhung der Kopfzuschläge gefordert. Um 9 Uhr abends wurden die Verhandlungen auf eine Stunde unterbrochen, da die Regierung Gegenvorschläge formulieren will. Man rechnet damit, daß die Verhandlungen in später Nachtstunde zum Abschluß kommen.

*

Bis Redaktionsschluß lag uns keine Meldung vom Abschluß der Verhandlungen vor.

**Das Ueberschichtenabkommen auch in Oberschlesien durchgeführt.** Aus Hindenburg wird gemeldet: Die hier tagende Revierkonferenz der Bergarbeiter Deutsch-Oberschlesiens sprach sich fast einstimmig für das Ueberschichtenabkommen in Oberschlesien aus wie es in Westfalen besteht. Dadurch würde eine monatliche Mehrförderung von 170 000 t erzielt werden.

**Eisenbahnerlohnfragen im besetzten Gebiet.** Eine Korrespondenz teilt mit, daß die Interalliierte Rheinlandkommission die Bezüge der Eisenbahner für zu niedrig erklärt und dem Präsidenten der Eisenbahndirektion Köln vorgeschlagen habe, drei ihrer Mitglieder in einen Schlichtungsausschuß zu entsenden, der die strittige Lohnfrage der Eisenbahner regeln soll. Die Eisenbahndirektion habe dem Reichsverkehrsministerium über dieses ungewöhnliche Verlangen Mitteilung gemacht.

# Aus aller Welt.

## Schnapsschieber.

**20 000 Liter Sprit beschlagnahmt.**

**Der Wucherabteilung des Polizeipräsidiums ist es gelungen, eine größere Spritschiebung aufzudecken. Sie beschlagnahmte hierbei eine Menge Sprit, der angeblich für pharmazeutische Zwecke bestimmt war, in Wirklichkeit jedoch der Likörindustrie zugeführt wurde. Es handelt sich um zirka 20 000 Liter, die in der Hasenheide angehalten werden konnten. Hierbei wurde festgestellt, daß die Zwischenhändler bei der Verschiebung der edlen Flüssigkeit an Likörfirmen hohe Vermittlerspesen verdienten. Als die Wucherpolizei den Mann in seinem gewinnbringenden Geschäft störte, wurde er ausfallend, so daß nur mit Mühe Tätlichkeiten gegen die Exekutivbeamten verhindert werden konnten. Der spritfrohe Zeitgenosse muß seiner Sache sehr sicher gewesen sein, da er den Beamten drohte, den ganzen Vorfall in die Presse zu bringen. Hierdurch ist er nun der Mühe überhoben worden.**

**Betrügereien eines früheren Gerichtsassessors.** Vor einiger Zeit wurden in verschiedenen Berliner Postämtern mit gefälschten Kreditbriefen Betrügereien verübt. Dasselbe taten die Betrüger auch in Leipzig und Breslau. Die Postkreditbriefe, die sie zur Abhebung des Geldes benutzten, waren sehr gut gefälscht und enthielten auch den äußerst schwer nachzuahmenden Hochdruckstempel. Jetzt ist es der Kriminalpostdienststelle gelungen, der Fälschergesellschaft in Altona auf die Spur zu kommen und sie zu verhaften. Der Urheber des Schwindels ist der 56jährige frühere Gerichtsassessor Hugo Schön, der schon wiederholt wegen Betruges mit Zuchthaus vorbestraft ist. Von dem veruntreuten Gelde konnten nur noch 30 000 Mark beschlagnahmt werden.


Porath's
Kinder- und Krankennahrung
ist sehr ergiebig und billig!
In Apotheken und Drogerien erhältlich.



**Stadt-Theater**
Sonnab., d. 23. Sept. 22.
Anf. 7½, Ed. 10¼ Uhr
**Der Waffenschmied**
Komische Oper
von A. Lortzing.
Sonntag
**Die Bohème**

**Licht-C.T.-Spiele**
Vom 22. Sept. bis 28. Sept.
Gastspiel
**Dir. Willy Schur**
in
**Die Hasenpfote**
Groteske in 1 Akt von
Hans Brennert.
Außerdem das gewaltige
Filmwerk
**Verbotene Frucht**
7 Akte.
Fernsprecher 6183.
Am Riebeckplatz
Operetten-Theater-Lichtspiele

**Gold-, Silber-, Platinbruch**
kauft ständig zu höchsten Tagespreisen
**Emil Poenitsch**
Marktplatz 13
(Ecke Talamtstraße).

**Lassen Sie sich nicht durch Zahlen täuschen!**
Ich überbiete jede Konkurrenz und zahle **höchste Preise** für alle Sorten
**Lumpen, Knochen, Papierabfälle, Zeitungen, Eisen, Felle** und andere Rohprodukte.
**E. Günther,**
Graseweg 8. Telephon 6130.

**Künstler-Spiele**
Beths
Bunte Bühne
Täglich 8 Uhr
**Das grosse Programm.**
Sonntags ab 4 Uhr
Künstler-Konzert.

**Halbheer's**
**5-Uhr-Tee.**

**Zoo.**
**Heute Tanz-Abend.**

**Kleider, Blusen, Kostümröcke, Prinzeß-Röcke, Stick.-Hemden, Bettwäsche, Anzüge, Hosen, Arbeitshemd.**
sehr preiswert.
**Trabert,**
Kleine Ulrichstr. 5.

**Achtung!** Kaufe alte und neue Damen-Garderobe, Wäsche, Leihhausscheine usw. zu hohen Preisen **Frau Hirsch**, Brüderstr. 3. Eingang Hausflur rechts.

**Bei Einkäufen**
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

**Schlafzimmer Küchen**
in bekannt guter Ausführung
sehr preiswert
bei
**H. Bergmann,**
Möbelfabrik.
Halle, Fleischerstraße 31.


# Getreideumlage für 1922.

Den Landwirten sind inzwischen die Ablieferungsschreiben für die von ihnen abzuliefernden Getreidemengen zugegangen. Leider hat sich bei der Aushändigung der Ablieferungsschreiben herausgestellt, daß einzelne Lieferungspflichtige der Durchführung der Getreideumlage absichtlich Schwierigkeiten bereiten. Im Interesse der Landwirtschaft halte ich es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß ich gegen Personen, die absichtlich die Durchführung der gesetzlichen Maßnahmen erschweren oder gar unmöglich zu machen versuchen, mit allen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln unnachsichtlich vorgehen werde. Im besonderen werde ich **in allen Fällen, in denen die Ablieferung des ersten Drittels der Getreideumlage nicht rechtzeitig erfolgt,** von der Befugnis in § 22 des Reichsgesetzes vom 4. Juli 1922 Gebrauch machen und **das Getreide enteignen. In solchen Fällen kann dann nur die Hälfte des Umlagepreises vergütet werden.** Es liegt daher im eigensten Interesse jedes einzelnen Landwirtes, sich nicht zu Ungesetzlichkeiten verführen zu lassen; denn er hätte letzten Endes den Schaden nur selbst zu tragen.

Auf mehrere an mich gerichtete Anfragen von Landwirten, die ihr erstes Lieferungssoll schon erfüllt haben, teile ich hierdurch allgemein mit, daß, sofern die Preise für das Umlagegetreide durch gesetzliche Anordnung auch für das erste Drittel erhöht werden, sie selbstverständlich auch auf entsprechende Nachzahlung zu rechnen haben.

Merseburg, den 21. September 1922.

**Der Vorsitzende des Kreisausschusses.**
Guske, Landrat.

# Bekanntmachung.

Infolge der unvorhergesehenen, außerordentlichen Steigerung der Preise, insbesondere der Kohlenpreise, macht sich eine Erhöhung der in der Bekanntmachung vom 22. August d. J. mitgeteilten Gaspreise nötig. Diese werden aufgehoben, der Berechnung werden folgende Durchschnittpreise zu Grunde gelegt:

| | | |
|---|---|---|
| Leucht-, Koch- und Heizgas | für 1 cbm | 14.— M. |
| Gewerbegas . . . . | für 1 cbm | 11.— M. |
| Automatengas, Form A . | für 1 cbm | 14.— M. |
| Automatengas, Form B . | für 1 cbm | 14.50 M. |

Mit Wirkung nach der den Septemberverbrauch bestimmenden Ablesung treten folgende Preise in Kraft:

**a) für Gas:**

| | | |
|---|---|---|
| Leucht-, Koch- und Heizgas | für 1 cbm | 25.— M. |
| Gewerbegas . . . . | für 1 cbm | 20.— M. |
| Automatengas, Form A . | für 1 cbm | 25.— M. |
| Automatengas Form B . | für 1 cbm | 25.50 M. |

In den Preisen für Automatengas, Form B, ist eine Entschädigung für gelieferte Leitung und Gebrauchsgegenstände mit enthalten.

**b) für Strom:**

**I. Abnehmer bis einschließlich 50 Kilowatt Anschlußwert.**

1. Zählertarif.

a) Licht bis 5000 Kilowattstunden . 39,30 M. darüber 38.70 M. je Kilowattstunde;

b) Kraft bis 5000 Kilowattstunden . 20.10 M. darüber 19.50 M. je Kilowattstunde.

2. Pauschaltarif.

a) 128.80 M. für eine Pauschallampe oder ein durch Umschalter verbundenes Lampenpaar

b) 66,40 M. für eine automatische Treppenbeleuchtungslampe.

c) 42.40 M. für an Wechselstrom angeschlossene Klingeltransformatoren.

d) 84,40 M. für an Gleichstrom angeschlossene Klingeltransformatoren.

e) 13.— M. für Klingelanschlußapparate (Glimmlicht-Klingelanlagen).

**II. Abnehmer über 50 Kilowatt Anschlußwert.**
Außer der Grundtaxe.

a) 13.30 M. je Kilowattstunde für die ersten 5000 Kilowattstunden.

b) 12.70 M. je Kilowattstunde für die nächsten 10 000 Kilowattstunden.

c) 12.50 M. je Kilowattstunde für die weiteren Kilowattstunden.

Halle, den 21. September 1922.

**Der Magistrat.**


**Der Neue-Welt-Kalender.**

Der in seinem 47. Jahrgang vorliegende Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1923 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg) enthält unter anderem: Kalendarium. — Rückblick. — Beachtenswerte Adressen. — Postalisches. — Unsere Toten (mit Porträts). — Rosen aus dem Schnee. Die Liebesgeschichte einer einfachen Frau, erzählt von A. Strempel (mit Illustrationen). — Neues Leben. Gedicht. — Was hat Sie zum Sozialisten gemacht? Eine Umfrage. — Eisenbahn-Reklame von heute. Von Artur Zickler (mit Illustrationen). — Wandlungen im Seehäfenwesen. Von Albin Michel. (mit Illustrationen). — Statistik in Wort und Bild. — Sickingen und Hutten. Von A. Conrady. — Vier Gedichte: Abendlied. Arbeit, höre unsere Bitte! An Liebe muß die Welt gesunden. Herbststurm. — Fünfundzwanzig Jahre. Erzählung v. Henni Lehmann (mit Illustrationen). — Blumenschmuck im Arbeiterheim. Von Martha Keil (mit Illustrationen). — Die Karikatur während des Weltkrieges. Von Fr. Wendel (mit Illustrationen). — „Sie starben fürs Land . . ." Von W. Reimes. — Auf dem Wege zur neuen Schule. Von Richard Lohmann (mit Illustration). — Ein Tausendstel Sekunde. Naturwissenschaftliche Plauderei von Bruno H. Bürgel (mit Illustrationen). — Drei Gedichte: Bitte. Sehnsucht. Die Heide blüht. — Der Altonaer Zentralschulgarten. Von W. Fürstenberg (mit Illustrationen). — Arbeiterferien und Volkshochschule. Von Anna Mosegard (mit Illustrationen). — Der Arzt wider Willen. Eine Tragikomödie von Theodor Thomas (mit Illustration). — Schaut Euch in der Heimat um! Mit Zeichnungen von O. Meyer. — Zum Nachdenken. — Fliegende Blätter. — Für unsere Rätsellöser. — Messen und Märkte. — Außerdem ein Bild auf Kunstdruckpapier von Ludwig Fahrenkrog: Neues Leben, sowie ein Wandkalender. —

Der Preis des Kalenders beträgt 20 Mark.

Jeder benutze die Gelegenheit sich diesen billigen Kalender anzuschaffen.

Um baldige Bestellung wird gebeten.

**Buchhandlung der „Volksstimme"**
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27.

**Sonnabend,**
d. 23. September,
**geschlossen**
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl Berlin 2.

**Schülermützen**
in allen Farben kaufen Sie gut
Mützenfabrik J. Kaliga,
Gr. Klausstraße 35.

**Grammophon-Platten**
abgespielte und zerbrochene
kauft zu höchsten Preisen
**Otto Ursin, Uhrm.**
Sternstr. 6. Tel. 1553.

SPEER
Bruchbänder, Leibbinden, Senkfußeinlagen
**Fr. Speer,** Halle (Saale),
Große Ulrichstraße 63
Krankenkassenlieferant.

**Quecksilber**
kauft zum Tagespreis
**Boll & Meßling,**
Rannischestraße 13, I.
Eingang Moritzzwinger.

**Gold-,**
Silber-, Platin-Bruch,
Brennstifte, Uhren,
Zähne kauft **A. Sparmann,**
Gr. Steinst. 47, am Walhalla.

**Küchen**
in allen Farben
**Schlafzimmer**
Sofas, Chaiselongue,
Pat.-Auflege-Matratzen
noch sehr preiswert zu verk.
Möbelhaus
**Kurt Hoffmann,**
37 Ludw.-Wucherer-Str. 37


# Amtliche Bekanntmachungen Halle a. S.

## Bekanntmachung!

Durch Beschluß der beiden städtischen Körperschaften vom 22. August/4. September 1922 ist der Preis für 1 cbm Wasser mit Wirkung nach der den Septemberverbrauch bestimmenden Ablesung auf 5.50 Mk. erhöht worden.

Halle, den 18. September 1922.

**Der Magistrat.**

## Vereins-Anzeiger

zur Bekanntgabe aller Vereins-Veranstaltungen der **Sozialdemokratischen Partei,** der geselligen Vereine und Gewerkschaften zum Vorzugspreise von Mk. 5.— für die einfache Zeile.

**Merseburg.** Ortsverein S. P. D. Sonntag, den 1. Oktober, Familienausflug nach Dölknitz Abmarsch pünktlich 1 Uhr mittags von der Neumarktbrücke. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet **Der Vorstand.**


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220922-15/fragment/page=0004
DFG

# Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. September 1922.

## Durch Zersplitterung zur Einheitsfront.

**Die Kommunisten haben sich als Feld ihrer Tätigkeit in Mitteldeutschland zur Abwechslung wieder einmal die Gewerkschaften ausersehen. Sie wollen, mit der stillen Hoffnung, die Regie in die Hände zu bekommen, so schnell als möglich einen Betriebsrätekongreß für Mitteldeutschland zustande bringen.**

Den Massen reden sie ein, daß die gegenwärtige Teuerung und der große Einfluß der Konzerne auf das Wirtschaftsleben nur durch den Kampfwillen der Betriebsräte gebrochen werden könne.

Die Gewerkschaften seien nicht in der Lage, etwas zu erreichen, weil es ihren Führern am Mut mangele. Praktische Vorschläge jedoch, die erkennen lassen, durch welche Taten eine sofortige Aenderung herbeigeführt werden soll, verschweigt man wohlweislich; einstweilen vertröstet man auf den Betriebsrätekongreß, von dem man alles heil erwartet. Dieses Treiben ist ein glattes Verbrechen an der Arbeiterschaft — auch an der kommunistisch organisierten natürlich.

Wir bemerken ausdrücklich, daß wir die Hauptschuld nicht den verführten Massen, sondern den verantwortungslosen Führern der Kommunisten beimessen. Denn die Kameraden auf den Werken sind nicht immer in der Lage, alle Handlungen, zu denen sie gedrängt werden, in ihrer vollen Tragweite und Auswirkung zu erkennen. Das müssen die Führer. Und diese begehen abscheuliche Verbrechen, wenn sie Vorgeäußerte Voraussetzungen als Tatsache einer sicher kommenden besseren Zeit für die Arbeiter hinstellen.

Was können die Gewerkschaften? Auf Grund ihrer Tradition, ihrer straffen Zentralisation und Führung haben sie den entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens einerseits, anderseits die Möglichkeit, jeden Angriff auf ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht nur mit Erfolg abzuwehren, sondern die Rechte ihrer Mitglieder zu erweitern. Gestört werden können sie in diesem Kampf nur durch die kommunistische Wühlarbeit, indem diese Arbeiter gegen Arbeiter peitschen; indem sie durch Verunglimpfung der Gewerkschaften den Mitgliedern das Organisationsleben verekeln und damit die Organisationskraft zermürben.

Was können die Betriebsräte? Ohne völlige Uebereinstimmung zu allen gemeinsamen Aktionen mit den Gewerkschaften und ohne die Solidarität der gesamten freiorganisierten Arbeiterschaft haben sie nicht den tausendsten Teil des Einflusses, den die Gewerkschaften besitzen. Dieser Einfluß verringert sich noch mehr, wenn Kongresse einberufen und Aktionen unternommen werden nur auf Betreiben einer politischen Richtung in den Gewerkschaften. Die Betriebsräte sind auf Grund der Beschlüsse des ersten deutschen Betriebsrätekongresses, des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands und der Beschlüsse der Generalversammlungen der Verbände Funktionäre ihrer Organisation. Also nur im völligen Zusammenwirken können alle Kräfte mit Erfolg Kämpfe führen. Jede Zersplitterung verursacht von vornherein beide Teile zur Niederlage. Die Betriebsräte können ihre schwere Aufgabe also nur dann erfüllen, wenn sie die organisierten Belegschaften restlos hinter sich haben, und zwar ohne Ansehen politischer Zugehörigkeit.

Was können die Kommunisten? Diese Frage lassen wir den kommunistischen preußischen Landtagsabgeordneten Schumann, den Führer der mitteldeutschen Kommunisten, am besten beantworten. Auf einer Kreiskartellkonferenz am 10. September in Torgau hat Schumann auf ein Referat eines Gewerkschaftsvertreters erklärt:

„Jawohl, wenn wir einen Reichs- oder Bezirksbetriebsrätekongreß einberufen, sind wir uns bewußt, daß es wilde Kongresse sind. Aber veränderte Zeiten erfordern veränderte Maßnahmen. Wohl können wir dort nicht mehr als ihr. Wir werden Referate halten, Entschließungen annehmen und Kommissionen zum Reichskanzler senden. Und wenn da Abänderung nicht erfolgt, führt er weiter auf einen Zwischenruf aus, muß der Reichstag und die Regierung gehen und dann wird eine Räteregierung beweisen, daß sie es besser kann. Der Kongreß wird auch eine Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung bedeuten; diese aber muß in Kauf genommen werden, wenn sie uns nützt. Die Gewerkschaften nun nichts, also nun wir etwas. Krawalle nutzen nichts, die werden nur dort gemacht, wo die Kommunisten schwach sind. Daß wir etwas können, soll ihr im Gefestal sehen, die annektierten Märzkämpfer von 1921, die sich bis heute versteckt halten mußten, werden das Verbandsleben in Schwung bringen, mehr als euch lieb ist. Wenn die Gewerkschaften dann gegen uns sind, werden wir sie so behandeln, wie wir gewohnt sind, unsere Gegner zu behandeln."

Unsere Genossen wissen nun, was die kommunistischen Führer können. Jedes weitere Wort ist zwecklos.

Im Lager der Unternehmer restloser Zusammenschluß, Konzernierung, Bankfusionen. Bei den Kommunisten Auseinanderreiben, Aufreiben und Zerschlagen und damit wollen diese Leute die Welt der Stimme und andere Konzerne erobern.

Aber was das Schlimmste ist, Arbeiter laufen diesen Ideen nach. Die neue Tätigkeit der zurückgekehrten, beim Märzputsch geflohenen Agitatoren können wir bestätigen. Sie arbeiten im Auftrage der KPD. unermüdlich gegen die Gewerkschaften. Sie beginnen den langsamen Gesundungsprozeß der Gewerkschaftsbewegung im Geiseltal unheilvoll zu beeinflussen. Leider vertraut noch immer ein Teil der Kameraden den radikalen Phrasen von der Einheitsfront. Noch gibt es für die deutschen Arbeiter eine Einheitsfront — die Gewerkschaften! und wer die zerstrümmern will, den schlagt auf die Finger wie einen, der sich an eurem mühsam und durch lange Kämpfe errungenen Eigentum vergreifen will.

### Brot- und Mehlpreise im Saalkreise.

**Das 1800-Gramm-Brot 34 Mark.**

Der Kreisausschuß des Saalkreises gibt folgende, ab Sonntag, den 24. September, geltenden Höchstpreise bekannt. Der Höchstpreis beträgt: für ein Roggenbrot zu 1800 Gramm 34 Mark, für ein Weißbrot zu 85 Gramm 1,95 Mark, für 335 Gramm Roggenmehl 6 Mark, für 335 Gramm Weizenmehl 6,40 Mark, für 335 Gramm feineres Weizenmehl 7,10 Mark.

Für Zwiebäcke werden Höchstpreise nicht festgesetzt.

### Neue Lohnklassen in der Invalidenversicherung.

Am 18. Juli hat der Reichstag ein Gesetz über Lohnklassen, Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung beschlossen, das mit dem 1. Oktober wirksam wird. Entsprechend der Geldentwertung und den dadurch hervorgerufenen höheren Löhnen werden den bisherigen acht Lohnstufen fünf neue angegliedert. Ab 1. Oktober gelten folgende Lohnstufen:

| | | Wöchentl. Beitrag |
|---|---|---|
| A | bis Mark 1000 Lohn | Mark. 3.50 |
| B | von mehr als Mark 1000 bis 3000 | „ 4.50 |
| C | „ „ „ „ 3000 „ 5000 | „ 5.50 |
| D | „ „ „ „ 5000 „ 7000 | „ 6.50 |
| E | „ „ „ „ 7000 „ 9000 | „ 7.50 |
| F | „ „ „ „ 9000 „ 12000 | „ 9.00 |
| G | „ „ „ „ 12000 „ 15000 | „ 10.50 |
| H | „ „ „ „ 15000 „ 18000 | „ 12.00 |
| I | „ „ „ „ 18000 „ 27000 | „ 18.00 |
| K | „ „ „ „ 27000 „ 39000 | „ 24.00 |
| L | „ „ „ „ 39000 „ 54000 | „ 32.00 |
| M | „ „ „ „ 54000 „ 72000 | „ 42.00 |
| N | „ „ „ „ 72900 | „ 52.00 |

**Gesangvereinsplatzkonzert.** Der Gesangverein Freier Sängerchor Halle, Mitglied des deutschen Arbeitersängerbundes, veranstaltet am kommenden Sonntag, den 24. September 1922, vormittags 11½ Uhr, auf dem Platz vor der Universität ein Plackkonzert mit nachstehendem Programm: 1. Mozart: Weihe des Gesanges. 2. Breu: Sonntag ist's. 3. Schubert-Silcher: Der Lindenbaum. 4. Silcher: Untreue. 5. Silcher: Lorelei. 6. Kirchl: Abschied. 7. Osländer: Ich weiß ein kleines Häuselein. 8. Uthmann: Zu Straßburg auf der langen Brück. 9. Stade: Vor Jena. 10. Uthmann: Ich warte Dein.

**Stadttheater.** Heute, Freitag, 7½ Uhr „Bunburry" von Oskar Wilde, Sonnabend 7½ Uhr „Der Waffenschmied" von Lortzing, Sonntag 7½ Uhr „Die Bohème" von Puccini, Montag 7½ Uhr „Tedermann". Dienstag 7½ Uhr im Thaliatheater Uraufführung „Bahnmeister Tod" von Hermann Bossdorf.

**Thaliatheater.** Sonntag 7½ Uhr wird die Zeitschnurre „Neunzehnhundert-neunzehn" von Impekoben und Mathern wiederholt.

**C.-T.-Lichtspiele, Riebeckplatz.** Frisch und munter von seinem Erholungsurlaub zurückgekehrt, absolviert der Liebling der Hallenser, Dir. Willi Schur an seiner altgewohnten Stätte ein siebentägiges Gastspiel in der Groteske von Hans Brennert „Die Hasenpfote". Ihm würdig zur Seite stehen der ehemalige Meiningsche Hofschauspieler Curt Claudius und Dir. Herman vom deutschen Theater in Hannover. Drei Kanonen, die allen Freunden eines echten, gesunden Humors bestens zu empfehlen sind. Außerdem das monumentalste Film-Kunstwerk von Jeanie Macpherson mit dem unübertrefflichen amerikanischen Filmstar Mady Maddock in der Hauptrolle „Verbotene Frucht". Vorverkauf an der Theaterkasse täglich von 10—12 Uhr.

### Pferderennen in Halle.

**Sonntag, den 24. September, nachmittags 2 Uhr.**

Der diesjährige Abschiedsrenntag auf der schönen Bahn am Hettstedter Bahnhof gehört in gewohnter Weise dem Anhaltischen Reiter- und Pferdezuchtverein Dessau. Die Mitglieder des Sächs.-Thür. Rennvereins haben jedoch freien Zutritt, wie bei den eigenen Veranstaltungen des Vereins.

Der Gestüttag betont in verstärktem Maße die Pflege des alten und beliebten Hindernissportes, wie es vor dem Kriege fast allgemein üblich war auf den Provinzbahnen. Ein einziges Flachrennen, allerdings über die weite Strecke von 2400 Meter, steht den 6 Rennen über Hindernisse gegenüber, die gleichmäßig auf Herrenreiter und Jockeys verteilt sind. Das Hauptereignis ist die althergebrachte Askania, ein Jagdrennen über 4000 Meter der Hauptbahn, deren Siegerliste bereits einen stattlichen Umfang angenommen hat. Daneben führen über den Jagdkurs das Ironie-Jagdrennen mit einer Strecke von 3800 Meter, das Gerlebogker Jagdrennen mit 3500 Meter und das Georg Reitz-Jagdrennen über 3200 Meter — alle drei über mittlere Bahn. Von den beiden Hürdenrennen ist die einzelnende Nummer des Programms nur für Jährige Pferde bestimmt und geht über die 2800 Meter, während der Preis von Bärselde sich an die älteren Pferde wendet und eine Strecke von 3000 Meter vorsieht. Für das erstere Rennen, voraussichtlich auch für das andere wird die gerade Bahn in Anspruch genommen. Der Ablauf für die 3000-Meter-Hürdenbahn liegt in diesem Falle am Start für 1000 Meter Flachbahn, so daß die Pferde von vornherein über mehr als 1000 Meter gerade Bahn galoppieren und dabei 4 Hürden springen müssen.

**Rietleben.** Ermittelte Spitzbuben. Die Spitzbuben, welche vorige Woche hier in der Quelsgasse ein wertvolles Fahrrad und Lohngelder durch Einbruch stahlen, sind ermittelt. Einer befindet sich mit dem Gelde auf der Flucht. Es sind zwei bekannte hiesige Spezialisten.

**Rietleben.** „Kultur"bilder. Der leidige Abtreibungsprozeß fordert hier wieder mal, wie schon so oft, seine Opfer. Infolge eines Hausklatsches wurden zwei Frauen verhaftet; während die eine durch ein Geständnis nach einiger Zeit wieder entlassen wurde, befindet sich die andere, eine Mutter mehrerer Kinder, noch in Haft. Die Frau lebt getrennt von ihrem Mann. Wann endlich wird die gesetzliche Versklavung der Frau aufhören? Dann werden auch die, das sei ruhig gesagt, geradezu gemeingefährlichen Abtreibungen von Laien aufhören. Eine Gesellschaft, welche die Mutter zwingt, ihre Leibesfrucht, Mensch werden zu lassen, hat auch die Verpflichtung, für Mutter und Kind zu sorgen, falls sie es selbst nicht kann. Aber gerade diejenigen, welche sich am meisten hier über derartige Fälle entrüsten, kümmern sich am wenigsten um die Aermsten. Wie sagte doch der große Nazarener: „Ihr laßt den Armen schuldig werden und überantwortet ihn der Pein ...."

**Könnern.** Bannerweihe und Jugendtag. Wohlvorbereitet vollzog sich am Sonntag bei einigermaßen günstigem Wetter die Weihe des Banners des hiesigen Ortsvereins der SPD. Am selben Tage wurde auch die Gründung einer Ortsgruppe der Arbeiterjugend vorgenommen. Die gesamte Veranstaltung trug bei guter Beteiligung einen eindrucksvollen Charakter. Einer Besichtigung des Saaleteiles und seiner Schönheiten folgte der Umzug. Im Verlaufe desselben hielt Gen. Peterdorff (Halle) von der Veranda des Rathauses herab die Weiherede. Getragen von Begeisterung für unsere Ideale überzeugt er den kämpferischen Klassengenossen mit anfeuernden Worten das Symbol des Kampfes, das verheißungsvoll auf dem Wege zum Siege voranleuchten möge. Gen. Keitel (Löbnitz) überreichte im Namen des Ortsvereins Löbnitz einen Fahnennagel. Eine besondere Note erhielt die festliche Veranstaltung durch die dem Tage angepaßten gediegenen Vorträge des Freien Sängerchors (Halle), die wesentlich dazu beitrugen, das Programm inhaltvoll zu gestalten. Ebenso Verzügliches leisteten, von den beifallsfreudigen Festteilnehmern begrüßt, die Arbeiterjugend, in lebensfrohem Spiel die Herzen sich erobernd. So hat die gesamte Veranstaltung einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen, der geeignet ist, die kampfesfreudige Stimmung stark und neu zu beleben. Aussichtsvolle die zukunftsfrohe Hoffnung zu gewährleisten, daß unter dem neuen Banner die Schar der zielbewußten Vorwärtsdrängenden größer und größer werden zu lassen. In diesem Sinne möge die Wirkung des Festes zum Wohle aller sich zeigen, und an dieser Stelle sei allen, die dazu beigetragen, gedankt.

### Partei-Angelegenheiten.

Jungsozialisten. Die Magdeburg-Fahrer treffen sich am Sonnabend, den 23. d. M. nachm. 3 Uhr 15 vorm Eingang zum Hauptbahnhof. Abfahrt 3 Uhr 40 Min.

# Hildas Geheimnis.

Roman
von
**Maria Linden.**

(43. Fortsetzung.)

„Sie beschämen mich, wenn Sie in solchen Ausdrücken zu mir sprechen," versetzte Hilda. „Sie haben eine viel zu hohe Meinung von mir, die ich in keiner Hinsicht verdiene. Ich danke Ihnen für die Ehre, die Sie mir zugedacht haben, aber ich beabsichtige nicht, zu heiraten, denn ich will für meine Eltern sorgen."

„Ist es nicht viel schöner, wenn ich Ihnen dabei behilflich bin?" fragte Henri Artot. „Vier Hände schaffen doch mehr, wie zwei. Mit freudigem Stolz soll es mich erfüllen, wenn ich für Ihre verehrten Eltern arbeiten darf."

„Bisher hat dein Verdienst nur für dich gereicht," warf das Großmütterchen ein, „und jetzt willst du eine Familie gründen, und außerdem noch für deine Schwiegereltern sorgen?"

„Die Liebe wird mir die Kraft dazu verleihen," sagte der Artist pathetisch, dann ergriff er Hildas Hand und fuhr fort: „Am Tage des Gerichts wird Gott meine Seele von Ihnen fordern, denn wenn ich jetzt untergehe, so ist es Ihre Schuld."

„Du machst es dir bequem, das muß ich sagen," spottete die Großmutter. „Lasse mich jetzt mit dem Fräulein allein. Wir haben noch viel zu besprechen und unsere Zeit ist knapp."

„Grausame Tante!" rief der junge Mann vorwurfsvoll aus. „Ich gehorche, aber nie, nie werde ich aufhören, Sie zu lieben, meine Schönste, und der Tag wird kommen, an dem Sie mit mir vor den Altar treten."

„Wenn ich ihn nur erst wieder los wäre," murmelte Madame Artot. „Ich hätte ihn gar nicht ins Haus nehmen sollen."

Sie schloß ihre Kommode auf, nahm aus derselben ein gleichfalls verschlossenes Kästchen, das sie mit einem kleinen Schlüssel öffnete, den sie in ihrem Portemonnaie aufbewahrte.

„Hier, meine Liebe," sagte sie freundlich, „hier haben Sie drei Hundertfrankstücke. Da Sie alles sehr elegant kaufen müssen, genügt es nur für ein Kleid, einen Hut und die allernotwendigste Wäsche, aber mehr Geld kann Ich leider nicht entbehren."

Hilda küßte die gute, alte Frau, dankte ihr auf das herzlichste, bat sie, Pauline zu grüßen und wollte sich entfernen, aber Madame Artot rief eine von ihren beiden Wäscherinnen und bat sie, Fräulein Waldert bis nach Montrepos zu begleiten. Hilda war ihr für diese Fürsorge dankbar, denn sie fürchtete, daß der Künstler sie auf dem Wege belästigen würde. Henri hatte sich hinter einer Hecke auf die Lauer gelegt, und er fühlte eine rasende Wut gegen seine Tante, als er Hilda in der Begleitung der handfesten Wäscherin schnellen Schrittes an seinem Versteck vorüberkommen sah. Er dachte grimmig:

„Wenn mir diese alte Hexe nicht alles verdorben hätte, wäre das Mädchen jetzt meine Braut. Die Kleine ist intelligent. Das sieht man aus allem. Spricht sie nicht französisch wie eine Französin? Sie wird sich leicht zu den Kunststücken abrichten lassen. Sie ist schön, es wird mir nicht schwer fallen, sie zu heiraten, aber selbst, wenn sie das größte Scheusal wäre, das die Erde trägt, müßte ich Himmel und Hölle in Bewegung setzen, damit die Heirat zustande kommt, denn sie ist meine Rettung."

Als Hilda in Montrepos ankam, nahm die Kammerjungfer sie mit den Worten in Empfang:

„Ich soll dem Fräulein Maß nehmen, denn ich telephoniere dann sofort den Geschäftsführer von Bon Marche*) wegen einer Auswahlsendung an. Es ist jetzt 4 Uhr. Fräulein können heute noch die Auswahl treffen."

Sie nahm mit geübter Hand Maß und sagte dann:

„Der kleine Lord hat Fräulein schon sehr ungeduldig erwartet, aber Fräulein sehen so blaß aus. Hoffentlich hat Ihnen das kalte Bad nicht geschadet?"

„Ach nein, aber ich habe seit dem ersten Frühstück nichts genossen, wie ein Glas Wein," entgegnete Hilda.

„Das Frühstück ist schon vorüber," sagte Fräulein Smith bedauernd, „aber Madame Martin wird Ihnen einen kleinen Imbiß in ihr Wohnzimmer schicken. Bitte diese Tür! Diese drei zusammenhängenden Zimmer sind zu Ihrem Gebrauch bestimmt. Neben Ihrem Schlafgemach liegt das Zimmer von Lord Gerald. Die Verbindungstür bleibt während der Nacht geöffnet."

Hilda warf einen Blick in die Zimmer und war von der Pracht förmlich geblendet, selbst das Schulzimmer war so reich ausgestattet, daß man seine Bestimmung nicht erraten konnte.

„Ihre Vorgängerin hatte nur ein Zimmer," plauderte Fräulein Smith, „und sie hatte auch viel einfachere Möbel. Frau Gräfin haben aus den Gastzimmern Möbel für Fräulein herbeischaffen lassen. Jetzt werde ich Fräulein ein paar Bissen zu essen besorgen."

Die „paar Bissen" waren eine reichhaltige, köstliche Mahlzeit, der die hungrige Hilda alle Ehre antat. Als sie gesättigt war, ging sie zu Gerald, der vor Freude strahlte, als sie bei ihm eintrat, und auch Lady Glendower lächelte Hilda freundlich zu und sagte:

„Gerald möchte gern, daß Sie Klavier spielen, Fräulein."

Diesem Wunsch kam Hilda nur zu gern nach, denn sie hatte Musik schmerzlich entbehrt. Sie war so in ihr Spiel vertieft, daß sie den Eintritt einer Person überhörte. Eine scharfe, schneidende Stimme berührte sie so empfindlich, daß sie zusammenzuckte. Sie wendete den Kopf ein wenig und sah eine Dame, die sehr stattlich war und deren Toilette ein Wunder von Geschmack und Eleganz war. Diese Dame war Lady Anne Glendower, die Schwägerin von Geralds Mutter. Sie rief überlaut:

„Was habe ich hören müssen, Ellen. Unser geliebter Gerald war so schlecht beaufsichtigt, daß er beinahe sein kostbares Leben eingebüßt hätte.

„Ich bin aber nicht gestorben," erklärte Gerald sehr vergnügt. „Das Fräulein hat mich aus dem Wasser gezogen. Du, Tante Anne! Du mußt dir doch immer das Gesicht anmalen. Fräulein tut das nicht. Guck mal, wie schön weiß sie ist."

Man kann nicht behaupten, daß Lady Anne ihren kleinen Neffen liebte. Eines so selbstlosen, reinen Gefühls war sie gar nicht fähig, aber sie schätzte in ihm den Erben des alten Stammes, der ausgedehnten Güter und des ungeheuren Vermögens der erlauchten Familie Glendower. Sein Tod hätte sie tief getroffen. Vielleicht würde sie ein laues Gefühl von Dankbarkeit für Hilda empfunden haben, wenn ihr kleiner Neffe jene unbedachten Worte nicht gesprochen hätte, an denen Hilda doch unschuldig war. Sie richtete sich zu ihrer ganzen Höhe auf, warf aus ihren kalten, blauen Augen einen wahrhaft vernichtenden Blick auf Fräulein Waldert und sagte:

„Das ist mein Instrument. Merken Sie sich das."

„Verzeihe, Anne," entgegnete Lady Glendower, „ich hat das Fräulein, deinen Flügel zu benutzen. Es soll nicht wieder vorkommen. Morgen fahren wir nach Paris, und ich kaufe dort ein gutes Instrument zu dem Gebrauch des Fräuleins."

Hilda war bei Lady Annes unfreundlichen Worten errötet. Sie fühlte instinktiv, daß sie in Lady Anne eine erbitterte Feindin besaß, obgleich sie sich gar nicht erklären konnte, wodurch sie sich den Haß der vornehmen Dame zugezogen hatte. Der kleine Lord war tief verletzt. Er warf sich zu Hildas Ritter auf und fragte:

„Tante Anne, was geht denn dem Flügel ab, wenn Fräulein darauf spielt? Sie hat sehr saubere Hände."

„Es wäre ein Kunststück, wenn eine Wäscherin (auf dieses Wort legte Lady Anne einen gehässigen Nachdruck) schmutzige Finger hätte. Mein Eigentum darf nicht von den Dienstboten benutzt werden."

(Fortsetzung folgt.)

*) Größtes Warenhaus von Paris.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220922-15/fragment/page=0005

# Aus der Provinz.

## Faule Zementgeschäfte?

Auf dem Zementmarkte herrscht bekanntlich großer Mangel an dem begehrten Baustoffe. Oft ist es selbst großen Baufirmen nur unter den denkbarsten Schwierigkeiten möglich, Zement zu beschaffen. Baue selbst gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften müssen oft aus Mangel an Zement wochen-, ja monatelang halbfertig stilliegen.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn sich die Konkurrenz mit Argusaugen bewacht, um Unregelmäßigkeiten bei der Zementverteilung zu verhüten. Aus Zeitz wird uns eine recht ergötzliche Geschichte gemeldet, die nebenbei ganz offenkundig in Baukreisen besprochen wird. Im Interesse des norddeutschen Zementverbandes hoffen wir, daß es nur eine Legende ist; um jedoch alle Zweifel zu beheben, tut der Zementverband gut, die Sache öffentlich richtig zu stellen.

Für die Wahrheit können wir uns also nicht verbürgen, geben vielmehr nur in aller Oeffentlichkeit Besprochenes wieder.

Wie wir hören, sollen Zeitzer Baumeister und Vertreter eines Arbeitgeberverbandes wiederholt ohne Erfolg beim Norddeutschen Zementverband in Halle um Zementlieferung nachgesucht haben.

Mehr Erfolg soll die zur Zeit umfangreiche Bauten ausführende Zeitzer Zuckerfabrik gehabt haben, die von Zementmangel noch nichts weiß.

Durch Zufall will nun ein Vertreter eines Arbeitgeberverbandes dahinter gekommen sein, welchem günstigen Umstande die Zuckerfabrik ihre Zementbelieferung verdankt. Es soll da eines Tages eine Zuckerladung im Umfange von 12 Sack an den Norddeutschen Zementverband verfrachtet worden sein. Jener Herr war nun sehr vorsichtig und hatte zum Beweise seiner Behauptung ein Etikett von einem Sack abgeschnitten und mitgenommen.

Soweit, was man sich öffentlich erzählt. Mehr darüber zu sagen erübrigt sich solange, bis der Zementverband dieses unglaubliche Verfahren als nicht den Tatsachen entsprechend zurückgewiesen hat.

W. H.

---

### An alle Ortsvereine der Arbeiterjugend.

Vom Mitteldeutschen Jugendtag sind eine Anzahl guter Aufnahmen gemacht worden. Proben davon sind in „Volk und Zeit" ersichtlich. Der Preis beträgt für größere Bilder 30 M. und Kartengröße 15 M. Bestellungen an das Jugendsekretariat umgehend erbeten.

Der Bezirksvorstand.

---

**Merseburg.** Die Getreideumlage bildete im letzten Kreistage Gegenstand lebhafter Erörterungen, dieweil die Landwirte des Kreises Merseburg sich bei Berücksichtigung des Standes der Ernte zu stark zum Umlagesoll herangezogen fühlen. Bekanntlich steht der Mansfelder Seekreis an der Spitze der Ablieferungspflichtigen, dann folgt neben einem anderen Kreis im Regierungsbezirk der Kreis Merseburg. Der Kreistag hatte ein Einsehen und unterstrich das Ersuchen der Landwirte, an zuständiger Stelle durch nochmalige Prüfung eine Aenderung in der Höhe des Ablieferungssolls herbeizuführen. Es hatte bei den Beratungen den Anschein, mindestens konnte man das von den Wortführern annehmen, daß die Landwirte ihre Pflicht erfüllen wollten. Jetzt stellt sich heraus — wie aus der heutigen Bekanntmachung des Landrats zu ersehen ist — daß ein Teil Lieferungspflichtiger absichtliche Schwierigkeiten bei der Ablieferung macht. Das widerspricht dem Treu und Glauben, der aus den Redewendungen der agrarischen Vertreter im Kreistag stark hervorklang. Nunmehr droht der Landrat in solchen Fällen mit Enteignung. Wo sollten wir auch hinkommen, wenn mit vornehmer Geste Versicherungen gegeben werden und hinter dem Rücken dann Sabotage getrieben wird. Wir verweisen auf die heutige dementsprechende Bekanntmachung.

**Merseburg.** Schöffen und Geschworene. Die Urliste der im Stadtkreis Merseburg wohnhaften Personen, welche zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt vom heutigen Tage ab eine Woche lang im Geschäftszimmer des Magistrats, Rathaus, 1. Geschoß, Zimmer 19, zur Einsicht aus.

— Wandergewerbescheine. Anträge auf Erteilung eines Wandergewerbescheines müssen bis 10. Oktober gestellt sein.

**Delitzsch.** Oeffentliche Versammlung. Das Gewerkschaftskartell hatte zu einer öffentlichen Versammlung einberufen, in der über die Teuerung und den Wucher gesprochen werden sollte. Als Referent war erschienen Gewerkschaftssekretär Walter-Merseburg, der in ruhiger, sachlicher Art und Weise, von den Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages ausgehend, die von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen behandelte und sich scharf gegen das Allheilmittel des Betriebsrätekongresses wandte. Wie üblich, hatte sich die KPD. einen Korreferenten in Höcker-Bitterfeld bestellt, der die Arbeit des ADGB., der USPD. und SPD. angriff. Natürlich kam er auch auf die „ollen Kamellen", die Getreideumlage und die zehn Punkte zu sprechen. Das Extrakt der Rede war die Propaganda für den Betriebsrätekongreß. Ein Vertreter des ADEB. wies besonders auf die Raffgier der Landwirtschaft hin. Ein Unionist sprach auch, aber irgend etwas Positives brachte er bis auf die Erinnerung an die politischen Gefangenen nicht vor. Als zwei kommunist. Anträge, der eine einen örtlichen Kontrollausschuß nach Hamborner Art und der andere den Betriebsrätekongreß fordernd, eingebracht worden waren, ergriff Gen. Schwahn das Wort und führte das Unsinnige des ersten Antrages vor Augen. Er sagte der KPD. auch, daß sie mit ihren schönen Redensarten wohl noch Unaufgeklärte fangen könne, aber in der praktischen Arbeit vollkommen versage und erinnerte an das Vorbild Rußlands. Gen. Hampe (USPD.) forderte als wirksamstes Mittel zur Bekämpfung des Wuchers tatkräftige Unterstützung der Konsumgenossenschaften. Im Schlußwort empfahl der Referent den Kommunisten, sich zur Durchführung ihrer Ideen erst einmal die Mehrheit in den Gewerkschaften zu sichern. Die beiden Entschließungen wurden gegen wenige Stimmen angenommen. Gegen 1 Uhr hatte die Versammlung, die so viel Praktisches (!) erreicht hatte, ein Ende.

**Zeitz.** Heute Mitgliederversammlung! Auf die heute abend stattfindende Mitgliederversammlung machen wir nochmals mit dem Bemerken aufmerksam, für allseitiges Erscheinen Sorge zu tragen. Als Referent erscheint Redakteur Genosse Garbe-Halle, der über das aktuelle Thema „Das neue Aktionsprogramm" sprechen wird.

**Bitterfeld.** Betriebsrätezentrale. Sitzung der Vorsitzenden der Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte am Montag, den 25. Sept., nachmittags ½5 Uhr, im Bahnhofshotel Richter. Besprechung der Möglichkeit der Sicherstellung der Ernährung. Organisationsfragen. Jeder Betrieb muß durch einen Kollegen vertreten sein. Ortsausschuß: Ausschußmitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Vorbesprechung am Dienstag, den 26. Sept., abends 6 Uhr, im Restaurant Bürgergarten. Es darf kein Vertreter fehlen.

Bitterfeld. Auflösung des Versorgungsamtes. Mit dem 1. April 1923 wird unter Auflösung des Versorgungsamtes Bitterfeld der Bezirk dieses Amtes dem des Versorgungsamtes Dessau angelegt.

— Sitzung der Gruppenvorstände aller Gruppen Mittwoch, den 27. Sept. abends 7 Uhr im Restaurant Bürgergarten.

**Hettstedt.** Erschossen hat sich im Wiederstedter Holze die Tochter eines hiesigen Handwerksmeisters.

**Sangerhausen.** Eisenbahnunglück. Kurz berichteten wir bereits gestern darüber. Heute liegt folgende amtliche Meldung vor: „Gestern vormittag gegen 9 Uhr ist ein einfahrender Güterzug auf den Zugschluß eines vor der Ausfahrt stehenden Güterzuges aufgefahren. Personen sind nicht verletzt; der Materialschaden ist bedeutend. Eine Sperrung des Verkehrs braucht nicht stattzufinden. Die Untersuchung über die Ursache ist eingeleitet."

Sangerhausen. Zur Kreistagswahl. Die Sangerhäuser Zeitung versucht wiederholt im lokalen Teil ihre Wähler zur Wahl anzufeuern und schließt am 15. September einen Artikel mit folgenden Worten: „Wenn die Bürger bei so einer wichtigen Wahl zu Hause bleiben, dann müssen sie auch die Folgen tragen." — Wenn die Bürger des Kreises Sangerhausen in den nächsten Tagen erfahren werden, wie ihre Vertreter im Kreisausschuß und Kreistag gewirtschaftet haben, so werden sie mit Schrecken sehen, wie sie von ihren Vertretern geschädigt wurden. Die Referenten der „Sozialistischen Einheitsliste" werden in den Wahlversammlungen den Wählern die Augen öffnen.

**Bennungen.** Rasch tritt der Tod den Menschen an. Ein erschütternder Unglücksfall hat sich hier ereignet. Beim Neubau eines Anbaues des Fabrikgebäudes der Kalkwerke der Gesellschaft Felsberg am Bahnhof war auch der Zimmerlehrling Erich Döring von hier mit beschäftigt. Als sie einen Balken hochbrachten, fiel ihm derselbe auf den Nacken. Der junge Mensch konnte noch nach Hause gehen, aber da brach er auch schon zusammen, und als der rasch herbeigeholte Arzt ankam, war er bereits eine Leiche.

**Roßla.** „Unseres" Mörderprinzen Ehrendenkmal. Auf dem Ehrendenkmal der im Kriege gefallenen Klosterschüler ist auch der Prinz zu Stolberg-Roßla eingetragen, der durch seine Beteiligung an der feigen Mordtat des Freiherrn v. Gagern traurige Berühmtheit erlangt hat und außerdem nicht einmal im Kriege gefallen, sondern 1920 in der Heimat verstorben ist. Der Vorsitzende des Denkmalsausschusses, ein Justizrat Hillebrand,

---


# Deine Presse ruft!

Leser, Leserin, Genosse! Hast Du schon die Zeichnung des Anteils oder freiwilligen Beitrages für Dein Parteiblatt

## „Die Volksstimme"

ausgeführt? Einzahlungen sind an das Postscheckkonto 11092 Verlag der „Volksstimme", G. m. b. H., Postscheckamt Erfurt zu richten.

## Genosse! Erfülle Deine Pflicht!


---

entschuldigt sich nun damit, daß ihm von der ganzen Angelegenheit nichts bekannt gewesen sei. Das ist selbst den nationalistischen „Leipziger N. N." zu viel und sie schreiben: „Dazu sei bemerkt, daß das gegen den Prinzen 1916 gefällte kriegsgerichtliche Urteil und seine Folgen in vielen Kreisen seit langem bekannt waren. Es ist höchst merkwürdig, daß das den 16 Ausschußmitgliedern entgangen ist und sie sich durch amtliches Material über den Fall nicht unterrichtet haben, obwohl, wie Herr H. ja selbst schreibt, in dem Ausschuß über die Aufnahme des Prinzen auf dem Denkmal verhandelt worden sei. In noch merkwürdigeres Licht gerät die ganze Angelegenheit dadurch, daß sich der Denkmalsausschuß in einem anderen Falle, nämlich in dem des Leutnants Cohrs, für befugt gehalten hat, den Namen dieses Offiziers, der auf der Ehrentafel seines Regiments steht, auf dem Denkmal nicht aufzunehmen. Daß man die Gründe, die den Ausschuß zu diesem Vorgehen veranlaßt haben, an maßgebender Stelle verwirft, geht aus dem Erlasse des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 13. April 1922 hervor, der das Provinzialschulkollegium in Hannover ermächtigt hat, die Aufstellung des Denkmals auf dem Klosterhof in Ilfeld zu untersagen, falls der Name des Leutnants Cohrs nicht auf das Denkmal gesetzt werden solle." — Es wäre interessant zu erfahren, aus welchen Gründen der bürgerliche Leutnant Cohrs nicht aufgenommen werden sollte. Vielleicht ergäben sich da interessante Parallelen!

**Roßla.** Aus dem Gemeindeparlament. Infolge der gesteigerten Kosten für Kohlen und andere Materialien sieht sich das Elektrizitätswerk Breileben veranlaßt, eine Forderung für höhere Strompreise einzureichen. Es wurde beschlossen, den Preis für Licht auf 18 Mark und für den Kraftstrom auf 14 Mark festzusetzen. — Der Voranschlag des Zweckverbandes für 1922 wurde in Ausgabe und Einnahme mit 764 000 Mark genehmigt. — Wieder wurden die Milch- und Butterpreise der hiesigen Molkerei, einer eingehenden Besprechung unterzogen. Lebhafte Klagen wurden über das mangelnde Entgegenkommen seitens der hiesigen Molkerei den hiesigen Einwohnern gegenüber geführt. Während fremde Händler, die von ihnen begehrten Mengen stets erhalten, bekommen hiesige Bewohner oft nichts, oder nur ungenügende Mengen. Der Amtsvorsteher wurde ermächtigt, Feststellungen zu treffen, ob die fremden Händler auch immer mit den nötigen Ausweisen über ihre Berechtigung zum Handel mit Lebensmitteln versehen sind. — Den Ziegenbockhaltern, soweit dieselben Böcke von der Gemeinde erhalten haben, wurden je 3000 Mark Entschädigung bewilligt. Das Deckgeld, welches in die Gemeindekasse fließt, wurde von 20 auf 30 Mark erhöht. — Der Schulvorstand hat die Errichtung einer Konrektorstelle an der hiesigen Volksschule beschlossen. Die Kosten betragen ungefähr 26 000 Mark.

— Verpachtung der Gemeindeschänke. Bei der Verpachtung des Gemeindegasthauses blieb der Oebster und Schankwirt Bieräugel mit 20 000 Mark Bestbietender. Unser Parteigenosse Gastwirt Meyer bot 16 000 Mark, protestierte aber entschieden gegen das Bieräugelsche Gebot, da es erst nach Ablauf der festgesetzten Bietungszeit abgegeben wurde.

**Kelbra.** Verschiedenes. Bei den letzten stattgefundenen Grummetverkäufen wurden wieder hohe Preise erzielt. Der halbe Morgen wurde mit 800 Mark bezahlt. Toller gestalteten sich noch die Preise bei den Verkauf von 40 Morgen Privatwiese im Karnweg. Hier wurde der Morgen mit 4000 Mark bezahlt. — Am Sonnabend fand in der Beyerschen Gastwirtschaft der Verkauf des Landes des Herrn Landwirt August Rubuck am Thaleberberge statt. Dasselbe wurde von dem Knopfmacher Fr. Ulle für den Preis von 18 000 Mark gekauft. — Am Sonntag abend hielt die Bockhaltungsgenossenschaft im Weißen Roß eine Generalversammlung ab. Das Deckgeld für Ziegen wurde von 5 auf 30 Mark erhöht. Nichtmitglieder haben eine Deckgebühr von 40 Mark zu entrichten. Ferner wurde der Eintrittspreis auf 5 Mark festgesetzt. Dann fand noch eine Aussprache über weitere Vereinsangelegenheiten statt.

**Kelbra.** Es wird die Oeffentlichkeit interessieren, wenn einmal in die Betriebe, welche unter der Erde liegen, den Schwerspatgruben in Kelbra, Stolberg und Ilfeld (Harz), hineingeleuchtet und von den höchst sonderbaren Zuständen, welche in diesen Ausmerglergruben herrschen, berichtet wird. Denn anders kann man diese Gruben wohl kaum nennen, bekommen doch die Arbeiter dieser Gruben für die Schicht sage und schreibe 144,00 Mark. Das Ringen dieser Proletarier um Erhöhung des Schichtlohnes scheitert an der Hartnäckigkeit eines Obersteigers Rebelung in Kelbra sowie der Fa. Pretzschner & Fritzsching in Dresden. Tritt der Bergarbeiterverband mit einer Forderung an die Firma heran, so bekommt er den prompten Bescheid: „Der betreffende Herr, welcher die Sache bearbeitet, ist bis Ende des Monats verreist. Es ist uns daher unmöglich mit Ihnen zu verhandeln." Die Belegschaft trat nun, der bitteren Not gehorchend, in den Streik. Doch staunen muß man, was während dieses Streiks alles vor sich geht. Der Sohn des herrischen Obersteigers, ein Jüngelchen von wohl kaum 17 Jahren, fährt mit noch einem Arbeitswilligen Namens Reinhardt aus Breitungen ein. Der erwähnte junge Mann bedroht dabei den Streikposten mit folgenden Worten: „Wenn einer kommt, den schieße ich über den Haufen, dann laufen die andern von alleine!" Eine hoffnungsvolle Blüte, der etwas anderes gebührte für das freche provozierende Auftreten gegen Arbeiter, die sich im bitteren Daseinskampfe befinden. Der insofern noch ein besonders schwerer ist, als die Belegschaft bei dem „Obersteiger", welcher den ganzen Tag anscheinend nichts weiter zu tun hat, als in seiner schnoddrigen Art und Weise auf die Arbeiter zu schimpfen, auf große Schwierigkeiten stoßen dürfte. Bei solchen Gelegenheiten wirft sich dieser Herr kraft seiner „Amtswürde" in bekannter Weise in die Brust und schnauzt mit näselnder Stimme: „Dann wird die Bude einfach zugemacht. Muß die Firma ja mal bezahlen, dann schimpft er und behauptet, die Grube sei unrentabel. Wenn jedoch der 17jährige Sohn des Obersteigers genau denselben Schichtlohn bekommt, wie ein Mann über 50 Jahre mit Familie, dann ist das Unternehmen rentabel. In diesem Kampfe wird die Belegschaft siegen. Das Recht ist auf ihrer Seite und die wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten die Fortführung der Existenz des einzelnen bei diesen Löhnen keineswegs.

**Jeßnitz.** Felddiebstahl. Die Kartoffeläcker am Roßdorfer Walle wurden in den letzten Nächten von unbekannten Frevlern geplündert, welche verschiedene Zentner Knollenfrüchte abführten.

**Roßdorf bei Jeßnitz.** Gemeine Dieberei. Einem einfachen Landarbeiter sind von seinem Pachtstücke nachts mehrere Zentner Kartoffeln heimlich weggeholt worden.

**Raguhn.** Kleingartenwesen. Seitens unserer Stadtgemeinde, auf deren Bahnhofsgelände sich eine Anzahl von eingefriedigten Schrebergärten befindet, sollen weitere solche Gartenanlagen auf dem Ackerplane am Klodewitzer Walle geschaffen werden.

**Werdau.** Ein Lustmord ist im benachbarten Langenhessen an einem 13jährigen Schulmädchen namens Johanna Schädlich verübt worden. Die Kleine war ½8 Uhr von ihren Eltern in ein nahes Gut zum Milchholen geschickt worden. Als nach längerer Zeit das Mädchen noch nicht zurückgekehrt war, suchten die Eltern die Umgebung ab. Erst nach zwei Stunden fand man das Kind entseelt an einem Gartenzaun unweit des „Gasthofs zur Krippe" liegend. Das Kind lag mit dem Gesicht am Boden und trug ein Bündel Heu im Mund, woran es jedenfalls erstickt ist. Es zeigte deutlich Spuren der Vergewaltigung. Nach dem ärztlichen Befund kommen mindestens zwei Täter in Frage. Die Mörder, die das Mädchen von der Straße weggeschleppt haben, konnten noch nicht festgenommen werden.

---

## Provinz-Chronik.

**In die Tiefe gestürzt.** Bei Abbauarbeiten bei Lebendorf fiel ein morsch gewordener Mast um. Dabei stürzte der Arbeiter Hammelmann aus Domnitz in die Tiefe und wurde erschlagen.

**Verheerender Sturm.** In Bad Elmen stürzte durch den starken Sturm ein 60 Meter langes Stück des Gradierwerkes ein. Personen wurden nicht verletzt, der Materialschaden ist jedoch bedeutend.

**Brennender Tagebau.** Seit heute morgen brennt ein alter Tagebau der Grube Anna Mathilde bei Senftenberg. Das Feuer hat eine gewaltige Ausdehnung angenommen und griff auch auf Baracken über, die geräumt werden mußten.

**Ein bedauerlicher Unfall** ereignete sich in Nordhausen dadurch, daß spielende Kinder eine alte Frau umrannten, die dabei neben einem Armbruch schwere innere Verletzungen erlitt, so daß sie im Wagen nach Hause befördert werden mußte.

**Explosion.** Gestern nachmittag wurden durch eine Explosion einer Wasserstofflasche auf dem Güterbahnhof in Bitterfeld zwei Personen verletzt. Durch Sprengstücke erlitt außerdem ein Haus in der Nähe nicht unerheblichen Schaden.

**Rücksichtsloser Radfahrer.** Beim Holzholen wurde die Frau des Expedienten K. in Saalfeld von einem Radfahrer mit solcher Heftigkeit angefahren, daß sie erhebliche Verletzungen erlitt und nach Hause geschafft werden mußte.

**Totgefahren.** Der Bremser Gräfe aus Aue wurde auf dem Abraum Pirkau totgefahren. Die angestellte Untersuchung wird die Einzelheiten ergeben.

---

## Sportnachrichten.

### 7. Bezirk. 2. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Zu den in Eisleben stattfindenden Spielen um die von der Mansfeld A.-G. gestifteten Pokale ergeht für den Bezirk Spiel- und Startverbot, da die Bezirksleitung vor Ausschreibung der Spiele, trotzdem der Arb.-T. und Sp.-B. im Mansfeldschen vorherrschend ist, nicht benachrichtigt wurde, um es zu ermöglichen auf einer gemeinsam aufgebauten Grundlage sich an den Wettkämpfen, die nach der für unseren Bund nicht gültigen Mehrkampfordnung 1921, welche nur für die Deutsche Turnerschaft maßgebend ist, ausgetragen werden sollen. Verstöße werden rücksichtslos nach den Satzungen geahndet.

---

### Die Federwolken. — Die Entstehung von Tau und Reif.

Wir sehen oft in höheren Regionen Wolken auftreten, die infolge der dort herrschenden tiefen Temperatur aus Eisnadeln bestehen. Sie haben immer ein federartiges oder flockiges Aussehen, sie bilden ausgedehnte, dünne Schichten und treten auch in Form sogenannter Windbäume auf. Diese Wolken nennt man Federwolken bzw. Federschichtwolken.

Wenn ein „Tief" im Anzuge ist, dann zeigen sich diese Federwolken. Sie geben uns bisweilen früher, ehe das Barometer zu fallen beginnt, an, daß ein Wetterumschlag droht. Der Barometerbeobachter muß diesen seine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Diese Federwolken befinden sich in dem Luftstrom, der über einem Tiefdruckgebiet in der Höhe abfließt nach dort hin, wo sich an der Erdoberfläche ein Hochdruckgebiet befindet.

Sieht ein Beobachter, daß sich Federwolken zeigen, so weiß er, daß ein Schlechtwettergebiet vorhanden ist. Nun muß er feststellen, ob diese mehr und mehr zunehmen, so daß schließlich der Himmel völlig durch dieselben getrübt erscheint. Ist dies der Fall, so ist das „Tief" in schnellem Anrücken begriffen, und wenn bis dahin schönes Wetter herrschte, so ist nun ein Wetterumschlag zu erwarten. Lösen sich dagegen die Federwolken wieder auf, bzw. verschwinden sie, so wird das „Tief" uns nicht beeinflussen, mindestens vorläufig nicht, und wir werden gutes Wetter behalten.

Die Temperatur der Erdoberfläche regelt sich nach zwei Richtungen hin, einesteils durch Wärmeeinstrahlung von der Sonne aus und anderenteils durch Wärmeausstrahlung nach dem kalten Weltenraum. Ueberwiegt die Einstrahlung, so steigt die Temperatur; wenn die Ausstrahlung überwiegt, also der Temperaturverlust größer ist, dann sinkt die Temperatur. Bei klarem Himmel tritt dies deutlichst in die Erscheinung. Wenn dagegen Wolken oder Nebel herrschen, ist Ausstrahlung und Einstrahlung mehr behindert und weder die Abkühlung wird so bedeutend sein, noch die Erwärmung. Im Winter wird bei klarem Himmel meist Frostwetter herrschen, da die Tage mit Einstrahlung kurz, die Nächte mit Ausstrahlung dagegen lang sind. Es wird also in solchem Falle die Erdoberfläche stark erkalten und in den untersten Schichten eine Temperaturumkehr stattfinden.

Ist die Luft sehr trocken, wie das meist in der Nähe eines „Hoch" bei klarem Himmel der Fall ist, so kann die Luft sehr tief erkalten, ehe sich aus der Luft Feuchtigkeit auszuscheiden beginnt, die sich dann in Form von kleinen Wassertröpfchen auf Pflanzen und Wiesen niederschlägt, also Tau bildet. Ist die Temperatur bis unter Null gesunken, so bilden sich kleine Eisteilchen als Niederschlag und wir sagen dann, es habe gereift.

---


Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: F. O. H. Schulz, für Lokales, Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches: Karl Garbe, für Provinzielles und Allgemeines: Alfred Strauß, für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig, sämtlich in Halle.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220922-15/fragment/page=0006